

Sprache, Körper, Geschlecht

Susan Gal (Chicago) und Gail Kligman (Los Angeles)

Die Rolle der Geschlechterpolitik bei der Erschaffung von Nationen und Staaten¹

Nach dem Sozialismus

Der unerwartete Zusammenbruch des Kommunismus im Jahr 1989 hat die Welt verändert. Den Männern und Frauen der ehemaligen sozialistischen Staaten schienen westliche Freiheiten und Konsumgüter greifbarer denn je zuvor – ebenso greifbar schien jedoch auch eine beängstigende finanzielle Unsicherheit. Für sie – wie für uns alle – sind die vertrauten Dualismen des Kalten Krieges, die Europa in West und Ost geteilt hatten, formal verschwunden; die Länder Ostmitteleuropas und der ehemaligen Sowjetunion wurden Teil einer neu gestalteten globalen Ökonomie. So wie Ostmitteleuropa hoffnungsvoll nach Westen blickte, wandten sich westliche Politiker, Bürokraten, Wissenschaftler, Experten und Freiwillige aller Art ostwärts, um die Etablierung einer demokratischen Praxis in Ostmitteleuropa zu unterstützen. In den Jahren, die folgten, galten wachsende Klassenunterschiede und eine zunehmende ethnische Differenzierung, das Ansteigen der Arbeitslosigkeit sowie ein Rückgang an staatlichen Beihilfen als der Preis, der zu zahlen war, um die siechen sozialistischen Volkswirtschaften in prosperierende Märkte zu verwandeln. Dieser Preis war für Frauen und Männer jedoch unterschiedlich hoch.

Ziel dieses Beitrags ist es zu untersuchen, welche bedeutende Rolle Geschlechterdiskurse und -praktiken bei der Formierung der sich nach 1989 in Ostmitteleuropa neu konstituierenden Staaten und sozialen Beziehungen spielen. Seit dem Ende des Staatssozialismus haben die meisten Studien ihr Augenmerk unmittelbar auf die ökonomischen Prozesse der Einführung von Marktwirtschaft und Privatisierung oder auf die politischen Prozesse der Demokratisierung, des Konstitutionalismus und der Entstehung einer Zivilgesellschaft gerichtet. Im Unterschied dazu wollen wir die postsozialistische Transformation aus einer von der Kategorie *Gender* geleiteten Perspektive betrachten. Wir gehen davon aus, dass man ein klareres Bild von Demokratisierung erhält, wenn man danach fragt, in welcher unterschiedlicher Weise Männer und Frauen als Bürger und Bürgerinnen imaginiert werden oder wie „Politik“ selbst zu einem spezifisch männlichen Projekt umgedeutet wird. Ebenso rückt man durch

¹ Dieser Beitrag ist eine geringfügig veränderte und gekürzte Fassung der ersten beiden Kapitel des von den Autorinnen im Jahr 2000 bei Princeton University Press unter dem Titel *The Politics of Gender After Socialism* (Die Geschlechterpolitik nach dem Sozialismus) veröffentlichten Buches. Die vollständigen Zitate und Angaben zu der Literatur, auf die sie sich stützen, finden sich in der Erstpublikation.

die Untersuchung der unterschiedlichen Verortung von Frauen und Männern in den sich herausbildenden Ökonomien das – üblicherweise zwar unbemerkte, jedoch weitreichende und häufig feminisierte – Phänomen der im kleineren Rahmen stattfindenden Vermarkt-wirtschaftlichung des Dienstleistungssektors in den Vordergrund. Eine Beschäftigung mit Gender ist insofern von analytischem Erkenntniswert, als sie nicht nur zu einem Verständnis der Beziehungen zwischen Männern und Frauen führt, sondern auch deutlicher zum Vor-schein bringt, wie soziale und institutionelle Transformationen erfolgen. Zu diesem Zweck werfen wir zwei entscheidende Fragen auf: Wie beeinflussen die Geschlechterbeziehungen und Vorstellungen von Gender den politischen und wirtschaftlichen Wandel in der Region, und welche Formen geschlechtlicher Ungleichheit ergeben sich daraus? Indem wir mit diesem Beitrag ins Zentrum rücken, was an den Rand gedrängt war, wollen wir der Forschung ein alternatives Analyseprogramm präsentieren. Wir stützen uns dabei auf eine immer zahl-reicher werdende Spezialliteratur zur Situation der Frauen in Ostmitteleuropa (Corrin 1992, 1993; DeSoto, Anderson 1993; Einhorn 1993; Feischmidt u. a. 1997; Funk, Müller 1993; Jaquette, Wolchik 1998; Moghadam 1993; Posadskaya 1994; Rai u. a. 1992; Renne 1997; Rueschemeyer 1994).

In dem Bewusstsein, dass diese Prozesse mit Ereignissen in Zusammenhang stehen, die zur gleichen Zeit in Westeuropa, den Vereinigten Staaten und anderswo ablaufen, betrachten wir Ostmitteleuropa nicht für sich allein genommen, sondern in einem breiteren politisch-geographischen Kontext. Bei der Auseinandersetzung mit dem Postsozialismus werden wir Parallelen, Interaktionen mit und Unterschiede zu anderen Regionen feststellen, und zwar sowohl hinsichtlich der politischen Maßnahmen und sozialen Trends als auch hinsichtlich der Diskurse. Von besonderem Interesse ist dabei die Art und Weise, wie die öffentlichen Gender-Debatten in einem Teil des Erdballs jene beeinflussen, die in einem anderen Teil des Globus auftreten, und wie Politiker und Politikerinnen dadurch Punkte sammeln können, dass sie sich selbst nach Bildern und politischen Maßnahmen anderer Regionen richten oder aber sich diesen entgegenstellen.

Für unsere Untersuchung gleichermaßen von Bedeutung ist der historische Kontext des Postsozialismus. Wie Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen festgestellt haben, sind die manchmal subtilen und versteckten Kontinuitäten mit dem Sozialismus so machtvoll wie die dramatischen Brüche. In der gesamten Region haben soziale Akteure und Akteurinnen auf die vorsozialistische Vergangenheit zurückgegriffen, um historische Modelle, Inspiration und Rechtfertigung für aktuelle politische Maßnahmen und Geschlechterordnungen für sich in Anspruch zu nehmen. Die Nostalgie gegenüber früheren historischen Epochen – wobei diese je nach Wählerschaft verschieden sind – beherrscht die Gestaltung der post-sozialistischen Zukunft. Diese Arbeit beschäftigt sich durchgehend mit dem historischen Vergleich sowie mit der Wechselwirkung und den Unterschieden zwischen Regionen und greift dabei sowohl auf die Literatur zu Ostmitteleuropa als auch auf die allgemeinere femi-nistische Literatur zurück, die beharrlich folgende Fragen stellt: Inwieweit sind Staaten und politisch-ökonomische Prozesse geschlechtlich markiert? Wie regulieren Staaten und Märkte die Geschlechterbeziehungen?

„Geschlecht“ – *Gender* – wird hier als die sozial und kulturell produzierte Vorstellung vom Unterschied zwischen „männlich“ und „weiblich“ sowie von Macht und Ungleichheit definiert, die die Reproduktion dieses Unterschieds in den institutionalisierten gesellschaftlichen Praktiken bestimmt (Scott 1988). Was es bedeutet, ein „Mann“ oder eine „Frau“, „männlich“ oder „weiblich“ zu sein, wandelt sich je nach historischem Kontext. Diese kulturellen Kategorien werden durch alltägliche Interaktionen geformt, welche wiederum in allgemeinere Diskurse und spezifische Institutionen eingebettet sind. Wir sind der Ansicht, dass es dabei Wechselwirkungen gibt: Ebenso wie politische Maßnahmen von Staaten die Geschlechterbeziehungen prägen, beeinflussen Vorstellungen über die Unterschiede zwischen Männern und Frauen die Art und Weise, wie Staaten imaginiert, konstituiert und legitimiert werden. So kann etwa der Staat selbst als „männlich“ gedacht werden, wenngleich sowohl Männer als auch Frauen zu seinem Funktionieren beitragen; auch soziale Kategorien wie die des „Arbeiters“ können mit einem einzelnen Geschlecht identifiziert werden, obwohl Männer *und* Frauen arbeiten. Diese sozial konstruierten Vorstellungen, die Weiblichkeit und Männlichkeit mit anderen sozialen Kategorien in Zusammenhang bringen, sind häufig in der staatlichen Politik verankert. Vorstellungen von Geschlechterdifferenz wirken sich auch auf die jeweiligen Formen der Markterweiterung aus. Sie und andere grundlegende kulturelle Konstruktionen wie die Nation, die Familie oder das Gemeinwohl beeinflussen sich bei der Gestaltung des Institutionenwandels wechselseitig. Gleichzeitig bestimmen die Ideologien und politischen Maßnahmen, die von Staaten vertreten werden, sowie die von der Wirtschaft vorgegebenen Beschränkungen und die von ihr gebotenen Anreize die Palette der zwischen Männern und Frauen möglichen Beziehungen. Aus diesem Grund richten wir unser Augenmerk hier darauf, wie die Geschlechterbeziehungen verschiedene Formen des Staates, der Wirtschaft und des politischen Handelns prägen und wie sie selbst von diesen geprägt werden.

Unsere Absicht ist es, diese auf Gender gerichtete Perspektive Teil der allgemeineren wissenschaftlichen Debatte über die auf den Sozialismus folgenden Prozesse werden zu lassen. Daher stellen wir diese Arbeit in den Kontext der gängigen Bezugssysteme für das Studium Ostmitteleuropas. Diese Bezugssysteme unterscheiden sich – je nachdem, wie sie an die Analyse des Wandels herangehen – durch zwei Schlüsselbereiche: Raum und Zeit. Was den Raum betrifft, ist die Definition der Region selbst umstritten. Während der kommunistischen Periode waren Auseinandersetzungen über die regionale Gliederung Europas sowie über deren Rechtfertigung eine verschlüsselte Form, in der kritische Eliten öffentlich politische Einstellungen diskutierten, die sich von jenen des Kalten Krieges unterschieden. Sie stellten eine Möglichkeit dar, subversiven Zukunftsvisionen Ausdruck zu verleihen. Die Idee der europäischen Regionen hat jedoch weit zurückreichende historische Vorläufer. Die Länder, auf die wir uns in diesem Beitrag vorrangig beziehen – Polen, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Kroatien, Tschechien, die Slowakei sowie (Ost-)Deutschland –, haben, abgesehen von ihrer geographischen Nachbarschaft, zweifellos viel gemeinsam: einige sehr allgemeine Formen der wirtschaftlichen und politischen Verbundenheit mit früheren, im Osten, Westen und Süden gelegenen Reichen und vierzig Jahre Kommunismus. Es ist

uns jedoch klar, dass Definitionen von Regionen und ihren Grenzen keine selbstverständlichen Zuordnungen sind, die sich aus einer geteilten historischen Erfahrung ergeben. Noch weniger sind sie Ausdruck kultureller Ähnlichkeit. Im Gegenteil: Das Bild von Einheit ist zum Teil – und zwar sowohl im Westen als auch im Osten – ein Effekt von politisch aufgeladenen kulturellen Konstruktionen. In der Tat beherrscht der jahrhundertalte europäische Diskurs über die Ost-West-Gegensätze – in denen der Osten den weniger zivilisierten und wirtschaftlich weniger weit fortgeschrittenen Pol darstellt – nach wie vor den gesamten Kontinent. Die augenscheinliche regionale Gliederung war und ist eine Folge von politökonomischen Beziehungen und diskursiven Wechselwirkungen. Die auf den Zweiten Weltkrieg folgenden Friedensverträge zogen feste und definitive Grenzen um das, was das weniger klar umgrenzte „Osteuropa“, „Zentraleuropa“, „Südosteuropa“ oder „der Balkan“ gewesen war, ohne das Wohlstands- und Machtgefälle zu beseitigen, das der Ost-West-Diskurs sowohl beschrieb als auch miterschuf.

Der Ost-West-Gegensatz ist eine Form des *Orientalismus*, die von westeuropäischen Machtzentren ausging und von Eliten in der Region – für deren eigene Zwecke und häufig mit großem Eifer – und später auch von den breiten Massen aufgegriffen wurde. Sie identifiziert den Osten mit dem negativen Pol einer kulturellen Opposition, die, unter anderem, Zivilisation gegen Barbarei, Wohlstand gegen Armut und Fortschritt gegen Rückständigkeit stellt (Gal 1991; Todorova 1997; Wolff 1994). Doch zu wissen, dass regionale Kategorien kulturell und historisch konstruiert sind, bedeutet nicht, dass wir auf sie verzichten können. Wir gebrauchen den Begriff „Ostmitteleuropa“ auch weiterhin als geeignete Bezeichnung für eine zugegebenermaßen komplexe und sich verändernde Situation.

Die geopolitischen Grenzen und Definitionen der Region haben sich neuerlich verschoben. Durch die Ereignisse von 1989 und den Maastricht-Vertrag ist die „Festigkeit“ von Grenzen dramatisch in Frage gestellt worden. Die Aufnahme in die westlichen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Klubs war und ist ein Ziel vieler Länder der Region. Einige von ihnen wurden als neue Nato-Mitglieder begrüßt, andere werden auf Distanz gehalten. Auch die Wissenschaft ist von diesen Veränderungen nicht unberührt geblieben. Die merklichen Unterschiede im Zugang zu Geld und Einfluss zwischen jenen, die sich von „innen“ heraus mit Ostmitteleuropa befassen, und jenen, die von „außen“ kommen, haben seit dem Ende des Kommunismus zugenommen, was die Zusammenarbeit zwischen den Forscherinnen und Forschern manchmal belastet. Sozialwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen aus der Region haben festgestellt, dass man – wie es in orientalistischen und kolonialen Beziehungen rund um den Erdball der Fall ist – von jenen, die in der Region geboren sind und dort leben, oft annimmt, sie seien nur fähig, über diese selbst Theorien aufzustellen; in der Macht „westlicher“ Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen stünde es demgegenüber, theoretische Aussagen über soziale Prozesse „im Allgemeinen“ zu treffen. Ohne diese sehr realen Spannungen leugnen zu wollen, geben wir doch zu bedenken, dass der Fall um einiges komplexer ist. So haben zum Beispiel viele mittlerweile in den gesamten Sozialwissenschaften weit verbreitete Konzepte ihren Ursprung in Ostmitteleuropa (Csepeli u. a. 1996; Hadas 1998; Hankiss 1988; Kornai 1980).

Unser eigener Zugang zu diesen vertrauten Dilemmata des wissenschaftlichen Austausches – und des Verhältnisses zwischen Macht und Wissen, das sie bezeichnen – war ein zweifacher. Zum einen – auf einer praktischen Ebene – entstand diese Arbeit aus einem gemeinschaftlichen und multidisziplinären Forschungsprojekt über Gender, das wir gemeinsam geleitet haben. An dem Projekt waren Wissenschaftlerinnen sowohl aus Ostmittel- als auch aus Westeuropa und den Vereinigten Staaten beteiligt. Es hatte zum Ziel, diese zusammenzubringen und so einen breiten Rahmen zu schaffen, innerhalb dessen wir auf Gender bezogene Fragen aufwerfen, Forschung betreiben und schließlich unsere Ergebnisse vergleichen konnten. Es versuchte jedoch nicht, die Methoden oder Interpretationen zu vereinheitlichen. Wir setzen in dem vorliegenden Beitrag zwar unsere eigenen Schwerpunkte, weisen dabei jedoch auch auf das Material und die theoretischen Einsichten unserer Kolleginnen hin, die an diesem Projekt mitgewirkt haben. Im Sinne der intellektuellen und politischen Auseinandersetzung – die es bei diesem Sonderforschungsprojekt unter den ostmitteleuropäischen Mitwirkenden ebenso gab wie zwischen „Ost“ und „West“ – argumentieren wir mitunter mit ihren Standpunkten.²

Zum Zweiten – auf einer eher konzeptuellen Ebene – ist es notwendig, den Diskurs des Kalten Krieges selbst sowie die Rolle, die die Wissenschaft dabei innehatte, zu analysieren. Die amerikanischen Sozialwissenschaften, die während des Kalten Krieges dazu bestimmt waren, den Unterschied zu betonen, schränkten implizit die Art von Fragen ein, die in der Beschäftigung mit den kommunistischen Ländern als angemessen erachtet wurden. Sie hielten die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus im Osten Europas institutionell vom Studium des kapitalistischen Westens getrennt. Dies änderte sich auch trotz der Bemühungen mancher Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen nicht, politische und intellektuelle Allianzen über den trennenden Graben hinweg zu knüpfen. Als eine Folge dieser Zweiteilung blieben wichtige Parallelen und deren Auswirkungen oft im Dunkeln. So geht zum Beispiel die öffentliche Diskussion in der gesamten ehemaligen kommunistischen Welt davon aus beziehungsweise gibt vor, die Frauen hätten sich in einer unheiligen Allianz mit dem kommunistischen Staat befunden und wären bis 1989 bevorzugt gewesen. Es stimmt zwar, dass der Staatssozialismus vorgab, die Frauen zu „emanzipieren“, indem er ihre Teilnahme am Produktionsprozess gewährleistete. Häufig führte er ein liberales Scheidungsrecht ein und versuchte manchmal auch, gewisse Haushaltsarbeiten zu vergesellschaften. Nichtsdestoweniger gibt es zahlreiche empirische Belege dafür, dass Frauen weit davon entfernt waren, sich in einer für sie vorteilhaften Allianz mit dem Staat zu befinden, sondern in der Tat mehr unter seinen politischen Maßnahmen zu leiden hatten als Männer. Die kommunistischen Staaten steuerten die Teilnahme der Männer wie der Frauen an der Lohnarbeit. Im Fall der Frauen griffen sie jedoch auch in entscheidendem Maße – nämlich unmittelbar den Körper betreffend – in die Reproduktion ein. Die Behauptung einer vorteilhaften Position der Frauen unter dem

² Vgl. auch unsere Einleitung zu der von uns herausgegebenen Aufsatzsammlung (Gal, Kligman 2000a: 3–19), in der genauere Angaben über die Auswahl der Länder und die Entstehung des Projekts gemacht werden.

Kommunismus ist jedoch nach wie vor Teil des öffentlichen Diskurses und dient, wie wir meinen, dazu, der politischen Aktivität von Frauen im Postkommunismus die Legitimation zu entziehen. Dies macht es schwerer, die politischen Maßnahmen der neoliberalen Staaten öffentlich zu kritisieren, die seit 1989 in der gesamten Region eingeleitet wurden und oft zu einer höheren Frauenarbeitslosigkeit und zu einem Abbau von öffentlichen Diensten wie Kinderbetreuungseinrichtungen und Kantinen geführt haben, die Frauen eine besondere Hilfe waren.

Interessanterweise ist das Verhältnis der Frauen zum Staat in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts im restlichen Europa und in den Vereinigten Staaten zu einem gleichermaßen kontrovers diskutierten Thema geworden. Wie auch in Ostmitteleuropa haben öffentliche Diskurse zu dieser Frage fühlbare politische Konsequenzen. Seit langem bestehende amerikanische Repräsentationen der zweifelhaften Moral von „Wohlfahrtsmüttern“ spielten eine bedeutende Rolle, als die öffentliche Meinung auf den in jüngerer Zeit erfolgenden Abbau von staatlichen Beihilfen vorbereitet werden sollte. Auch in der Europäischen Union werden die öffentlichen Diskussionen rund um allein erziehende Mütter, Abtreibung und soziale Rechte (*social citizenship*) höchst kontrovers geführt. Sie stellen die Frage nach dem Verhältnis der Frauen zum Staat angesichts des von der EU ausgeübten Drucks, bei den öffentlichen Subventionen zu sparen. Dieser Druck gefährdet die hohen Standards staatlicher Vorsorge, die seit dem Zweiten Weltkrieg für Westeuropa – wenn auch von Land zu Land verschieden – kennzeichnend waren.

Bis vor kurzem noch wurden solche Parallelen zwischen „Ost“ und „West“ selten analysiert. Der Diskurs des Kalten Krieges ging von einer grundlegenden Differenz zwischen beiden aus und ließ – in allgemeinen öffentlichen Foren ebenso wie in den Sozialwissenschaften – die Tatsache weitgehend unhinterfragt (und damit auch ununtersucht), dass „Ost“ und „West“ füreinander ein politisch bedeutsames Publikum bildeten und jeweils auf die Handlungen des anderen reagierten. Dies beschränkte sich keinesfalls nur auf den Rüstungswettlauf. Von beiden Seiten wurden eindringliche und oft fragwürdige Bilder der jeweils anderen für interne und internationale politische Zwecke benutzt. Häufig war die Rivalität zwischen Ost und West eine versteckte und indirekte, da jede Seite die Existenz der anderen als Wettbewerbs- oder Negativmodell eher stillschweigend voraussetzte als erwähnte. Die offiziellen Diskurse stellten idealisierte Selbstbilder Repräsentationen des Anderen gegenüber, die sich mit der empirischen Wirklichkeit eher deckten – zu dessen Nachteil. Für die Staatsoberhäupter im Osten war der Westen ein Feind, dessen wirtschaftliche und politische Niederlage die ultimative Legitimationsbasis für die Regime des Staatssozialismus schaffen würde. Doch erschien der Westen im Osten auch als eine Quelle der positiven Identifizierung – zuerst für die Unzufriedenen und später für alle, die *Blue Jeans* und *Rock and Roll* importierten. Zur gleichen Zeit erzielten Politiker und Politikerinnen im Westen Punkte, indem sie die „totalitären“ Aspekte des Kommunismus – als eines „Reichs des Bösen“, das implizit einem demokratischen Westen gegenübergestellt wurde – hervorhoben. Eine Folge davon war, dass das, was man als sozialistische Errungenschaften hätte preisen können – wie zum Beispiel die Bemühungen um Bildung für die breiten Massen –, ignoriert wurde. In der östlichen

Version dieses Diskurses hakten sich die kommunistischen Führer am Imperialismus beziehungsweise am Drogenmissbrauch und der Gewalt fest, die sie als verderbliche Folgen eines übergroßen „Individualismus“ identifizierten. Dadurch konnten sie den Wert individueller Rechte mindern. Die Geschlechterordnungen waren Teil dieses Schattenboxens. Die kommunistischen Familientheorien und -maßnahmen waren unter anderem als Kritik am und Antwort auf den Westen gedacht (Borneman 1992). Exemplarisch für die Rolle von Gender in diesem Wettstreit war die berühmte „Küchendebatte“ von 1959 zwischen Nikita Chruščev [Chruschtschow] und Richard Nixon, als diese sich im Rahmen einer amerikanischen Warenschau in Moskau trafen. Bezeichnenderweise diskutierten die beiden Staatsmänner darüber, welches System die besten und den Frauen am meisten Arbeit sparenden Haushaltsgeräte produziere (Vörös 1997).

Eine Möglichkeit, die Auswirkungen dieser Annahmen aus dem Kalten Krieg auf unser eigenes Denken zu berücksichtigen, besteht darin, solche gegenseitigen Bespiegelungen, die Abgrenzungsversuche und das Wechselspiel in unsere Analysen mit einzubeziehen. Wir untersuchen die ehemaligen kommunistischen Staaten nicht nur als Region, sondern aus einer auf Gender gerichteten Perspektive, die sich bewusst mit der Konstruktion regionaler Bilder in diesem Wechselspiel auseinandersetzt. So treten die Eigenschaften, die sozialistische Staaten mit einer Reihe von Wohlfahrtsstaaten teilen, deutlicher hervor. Ein Vorteil solcher Vergleiche liegt darin, dass sie nicht nur nach dem Sozialismus und dem Verlauf des Wandels im Postsozialismus fragen; sie eröffnen auch die Möglichkeit, dass der Blick aus Ostmitteleuropa unser Verständnis des Westens und unseren durch Gender markierten Denkrahmen selbst verändert. So können wir etwa genauer untersuchen, wie entscheidend Diskurse über Frauen, Familie und Reproduktion für die Legitimierung von Politik waren und nach wie vor sind – und zwar im Osten wie auch im Westen. Um ein weiteres Beispiel zu nennen: Aktuelle Formen des politischen Aktivismus von Frauen in Ostmitteleuropa sind leichter zu verstehen, wenn wir erkennen, dass das politische Handeln von Frauen gegenüber dem Ost-West-Wettstreit und der wechselseitigen Stereotypenbildung nicht immun ist. So können die Beispiele aus Ostmitteleuropa zu neuen Einsichten in die Kategorie des „Feminismus“ selbst als gesellschaftspolitischer Bewegung beitragen. Darüber hinaus deutet die Gegenüberstellung des postsozialistischen Rückzugs des Staates in Ostmitteleuropa mit Veränderungen, die gleichzeitig in der Sozialvorsorge Europas und Amerikas ablaufen, allgemeine Fragen über die Natur und die Auswirkungen staatlicher Subventionen in unterschiedlichen Kontexten an sowie über die Art und Weise, wie verschiedene Staaten die Beziehungen zwischen Männern und Frauen strukturieren. Der Vergleich wirft auch ein neues Licht auf das Dilemma der „Autonomie“ der Frauen versus ihrer „Abhängigkeit“ von Männern, Staaten und Märkten, das ein so herausragendes Merkmal der jüngeren feministischen Theoriebildung in den Vereinigten Staaten und Westeuropa ist.

Die Fragen, die wir zuletzt besprochen haben, beziehen sich auf die Bedeutung räumlicher Definitionen und imaginierter Grenzen. Ein weiterer Themenkomplex, der die Studien zur Region beherrscht und an dem wir unsere eigene Untersuchung orientieren möchten, betrifft die Natur des gesellschaftlichen Wandels nach dem Sozialismus. Diese Themen

enthalten wissenschaftliche wie auch landläufige Vorstellungen von Zeit und Geschichte. Die massiven Verschiebungen, die der Zusammenbruch des Kommunismus mit sich brachte, ließen spontan entstehen, was englischsprachige Beobachter und Beobachterinnen als „Transition“ (*transition*) bezeichnet haben – in Übereinstimmung mit den in den betroffenen Ländern üblicherweise gebrauchten Begriffen: „Wende“, *átmenet* oder *rendszerváltás*, *tranzízie*, *tranzicija* oder *schimbare*. Somit war und ist die „Transition“ – wie viele sozialwissenschaftliche Begriffe – nicht nur ein Analysewerkzeug, sondern auch Teil der Alltagspolitik und des Common Sense (Greskovits 1998; Jaquette, Wolchik 1998; Linz, Stepan 1996; Nelson 1994; Przeworski 1991; Szelenyi, Kostello 1996).

Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen haben jedoch zunehmend die Nachteile der „Transitions“-Metapher erkannt (Böröcz 1995; Burawoy, Verdery 1999; Pickles, Smith 1998; Róna-Tas 1998; Stark, Bruszt 1998). Wie viele Kritiker und Kritikerinnen bemerkt haben, harmoniert der „Transitions“-Begriff genauso gut mit dem Marxismus-Leninismus wie mit der amerikanischen Modernisierungstheorie, da er einen Entwicklungsprozess annimmt, der von einem wohl bekannten „Geschichtsstadium“ zum nächsten führt. Unbeabsichtigt setzt er damit die bereits besprochene Moralgeschichte des Kalten Krieges fort, die in einem impliziten Wettbewerb um die Führungsposition zwei „Seiten“ gegeneinander stellte. Der Wettstreit wurde sogar zwischen den Ländern des ehemaligen Sowjetblocks selbst ausgetragen, da jedes sich mit den anderen verglich, ebenso wie es von außen stehenden Beobachtern und Beobachterinnen mit den anderen Ländern verglichen wurde. Die Frage war, wer über den höchsten Lebensstandard verfügte. Doch der Wettstreit wird noch heute fortgesetzt: Nun geht es zumeist darum, wessen Wirtschaft privatisierter, welches Land am „westlichsten“, welches am „demokratischsten“ ist und welches in die Nato oder die Europäische Union aufgenommen wird. Feministische Analysen der Situation der Frauen in Ostmitteleuropa sind dieser Falle nicht entgangen. Frühe Studien beklagten den Mangel an feministischer Aktivität in der Region, ohne sich bewusst zu machen, dass es im ausgehenden 20. Jahrhundert nirgendwo auf der Welt eine starke feministische Bewegung, geschweige denn Massenbewegung gab. Die Frage hat allzu oft gelautet: Was ist besser für die Frauen, der Kommunismus oder der Kapitalismus? Und manche feministischen Untersuchungen haben die Wertigkeiten der Diskussion einfach umgedreht, indem sie fragten: Was haben die Frauen in der Transition verloren?

Darüber hinaus verleitet die „Transitions“-Metapher zu leicht zu einer bestimmten Art des Vergleichs – auf Kosten der anderen. Da sich „Übergänge“ zur Demokratie in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts unbestritten in zahlreichen Teilen des Erdballs ereignet haben, bringt der Begriff der „Transition“ ein Primat des typologischen Vergleichs zwischen „Transitionen“ als solchen mit sich, ungeachtet der historischen Umstände, unter denen sie sich jeweils vollziehen. Im Gegensatz dazu interessieren uns „Transitionen“ als Teile simultaner Rahmenbedingungen und Transformationen, die in der politischen Ökonomie weltweit zu beobachten sind ebenso wie in allgemein verbreiteten Diskursen, die weit über die sich verschiebenden Grenzen der Region hinausgehen. Anstatt etwa lateinamerikanische mit osteuropäischen „Transitionen“ als unterschiedliche Beispiele ein und desselben Prozesses zu

vergleichen, zeigen wir, wie die Interaktion Ostmitteleuropas mit anderen Regierungen und Wirtschaften – gemeinsam mit aus der Vergangenheit übernommenen Kontinuitäten und Paradoxien – bestimmte, wenn auch historisch spezifische Muster erzeugt. Wir wollen wissen, wie sich der durch die kapitalistischen Investoren, die katholische Kirche oder die Maßnahmenempfehlungen der Weltbank zu einem bestimmten historischen Moment ausgeübte Druck mit den lokal geführten Debatten über die angemessenen Rollen von Männern und Frauen sowie mit lokal spezifischen Formen des politischen Handelns überschneidet und so die aktuellen politischen Maßnahmen und Handlungsmuster erzeugt. Unter demselben Vorzeichen betrachtet, haben wir es – auf der Ebene der Diskurse – mit einer Region zu tun, in der die zuletzt erfolgte Aufwertung des „Individuums“, des „Privatunternehmens“ und sogar der „Familie“ ein Nachhall von ähnlichen, weiter westlich gesetzten neokonservativen Schwerpunkten ist. Das soll nicht heißen, dass die „Privatisierung“ öffentlicher Dienste in den Vereinigten Staaten und Westeuropa das Gleiche ist wie der sich in Ostmitteleuropa vollziehende Rückzug des Staates. Die beiden unterscheiden sich im Hinblick auf die Verfahrensweise und ihre Auswirkungen sogar sehr wesentlich. Dennoch erscheint es wert, sich mit ihrer Gleichzeitigkeit zu befassen: Sie werden durch einander entsprechende Argumente und Ideologien gerechtfertigt und von Elitegruppen betrieben, die zueinander in Beziehung stehen und sich überlappen und die in einer zunehmend globalisierten Welt oft persönlich und korporativ miteinander verbunden sind.

Ein weiterer wichtiger Kritikpunkt an der Metapher der Transition vom Sozialismus – oder auch der Transition zum Sozialismus – ist schließlich jener, dass „Transition“ eine Vorstellung von Geschichte voraussetzt, in der sich alle Aspekte einer Gesellschaft im Einklang miteinander und in dieselbe Richtung verändern. Dies homogenisiert zum einen den Staatssozialismus, der – trotz der für ihn kennzeichnenden ideologischen und systemischen Struktur – vielfältige Formen angenommen hat und in den einzelnen Ländern der Region viele verschiedene Phasen durchlebte. Eine solche Herangehensweise vereinheitlicht zum anderen jedoch auch den Kapitalismus, indem sie dessen variierende und ungleichmäßige Ausprägungen übertüncht und die teilweise Kontingenz und Unabgeschlossenheit sozialen Wandels verschleiern. Das Denken in Stadien und die damit einhergehende Erwartung einer vorhersehbaren Veränderung machen es ebenso schwer, genuine Neuerungen zu bemerken wie den Kontinuitäten mit der Vergangenheit Rechnung zu tragen.

Daher schließen wir uns jüngeren Kritiken der Transitionsforschung an, indem wir teleologische Annahmen ablehnen und „Wegen“ aus der Vergangenheit mehr ursächliches Gewicht verleihen. Wir stimmen mit der Transitionsforschung insofern überein, als wir die Bedeutung der dramatischen politischen Brüche anerkennen, die die Welt in ihren Bann nahmen, beharren aber nichtsdestoweniger darauf, dass es in vielen Bereichen des sozialen Lebens weniger auffällige, dafür jedoch um nichts weniger bedeutende Kontinuitäten gibt. Einige der interessantesten Fragen in Bezug auf die sozialen Prozesse gehen verloren, wenn wir es verabsäumen, Kontinuitäten zwischen dem Ostmitteleuropa vor und nach 1989 zu bemerken sowie zwischen den kapitalistischen und den sozialistischen Gesellschaften vor 1989. Solche Kontinuitäten treten in einer von der Kategorie Gender geleiteten

Untersuchung immer wieder deutlich hervor; sich mit ihnen zu befassen ist unerlässlich, wenn wir die Beziehungen zwischen Männern und Frauen verstehen wollen. So ist zum Beispiel die Geschlechtersegregation in der Beschäftigungsstruktur häufig von längerer Dauer als die politischen Regime; die Arbeitsteilung im Haushalt ändert sich abermals mit anderer Geschwindigkeit. Eine auf Gender gerichtete Perspektive zeigt somit nicht nur Kontinuitäten auf, sondern auch ziemlich unterschiedliche Temporalitäten in den verschiedenen in der Region ablaufenden Prozessen und in den je nach Land unterschiedlichen Versionen von „Transition“.

Wir nehmen die meisten Kritiken der Transitionsforschung als Ausgangspunkt, legen unser Augenmerk dabei jedoch auf Gender als Analysekategorie und auf die dynamischen Diskrepanzen zwischen Diskursen, institutionellen Praktiken und Subjektivitäten. Dadurch können wir widersprüchliche und paradoxe Aspekte gegenwärtiger Prozesse erkennen, die neuartige Konzeptualisierungen erforderlich machen. Sie sind nicht einfach als „Kontinuität“, „Bruch“ oder „Weg“ einzuordnen. Unsere Frage lautet: Wie gehen soziale Akteurinnen und Akteure – Institutionen ebenso wie Individuen – mit dem kulturellen und kommunikativen Material, über das sie verfügen, um, und wie entwickeln sie angesichts der unabgeschlossenen Kontingenzen des gesellschaftlichen Lebens eine Vorstellung von sich selbst und von sozialer Kontinuität? Wir wollen untersuchen, wie Vorstellungen von Geschlechterdifferenz und Sexualität oft dazu herangezogen werden, eine Kontinuität mit der Vergangenheit, der Natur oder dem Gemeinwohl zu konstruieren, und wie sie dazu verwendet werden, post-sozialistischen politischen Institutionen, Praktiken und politischen Akteuren und Akteurinnen Autorität zu verleihen, solange es noch keine etablierten Spielregeln für das politische Handeln gibt.

Reproduktion als Politik

Was in Bezug auf den Zusammenbruch des Kommunismus im Jahre 1989 auffällt, ist die Tatsache, dass die Abtreibung eine der ersten Fragen war, die praktisch von allen neu konstituierten Regierungen Ostmitteleuropas aufgeworfen wurde. In Rumänien war die Liberalisierung der Abtreibung nach dem Fall des Ceaușescu-Regimes das zweite von der provisorischen Regierung erlassene Dekret. Die Legalität der Abtreibung in Ostdeutschland und ihre Einschränkung in Westdeutschland hätten beinahe die deutsche Einigung vereitelt. In Polen steht die Frage nahezu permanent auf der parlamentarischen Tagesordnung. Doch die Abtreibung ist nur eines der mit Sexualität und menschlicher Fortpflanzung in Zusammenhang stehenden Themen, die in den Jahren seit 1989 ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt sind. Im ehemaligen Jugoslawien war Vergewaltigung eine Kriegswaffe. Da Frauen, die vergewaltigt worden waren, und die Kinder, die aus einer Vergewaltigung hervorgingen, von ihren eigenen ethnischen Gruppen geächtet und zurückgewiesen wurden, war Vergewaltigung durch ihre tragischen reproduktiven Konsequenzen auch und mit Absicht ein Instrument der „ethnischen Säuberung“. Auch in Rumänien und Deutschland wurden ungewollte

Kinder zu einem politischen Thema, allerdings in unterschiedlicher Form. In Rumänien entstand ein privater Adoptionsmarkt für Babys, von denen keinesfalls alle von ihren leiblichen Müttern nicht gewollt waren. Unter ostdeutschen Frauen nahm die Zahl freiwilliger Sterilisationen sehr stark zu, was, als es entdeckt wurde, einen politischen Skandal erzeugte und von den Massenmedien als „Gebärstreik“ titulierte wurde.

Während demokratische Institutionen geschaffen wurden, Finanz- und Verfassungskrisen drohten und die Gesetzgebung in entscheidender Weise neu gedacht wurde, diskutierten die (zumeist männlichen) Oberhäupter der neuen Staaten in der gesamten Region hitzig Fragen nach dem „angebrachten“ Sex, nach Geburtenraten, Verhütung und Kinderbetreuung. Obwohl sie sich schwierigen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen gegenüberübersahen, richteten die Politiker, Verleger und Medienkonsumenten, aus denen sich die ersten demokratischen Parlamente zusammensetzten und die die öffentliche Sphäre von 1989 bestimmten, ihre Aufmerksamkeit durchwegs auf Fragen der Reproduktion. Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die sich mit der politischen Transformation in Ostmitteleuropa beschäftigen, haben die Bedeutung dieser alles beherrschenden Debatten selten erkannt. Demgegenüber vertreten wir die Ansicht, dass die diskursiven und praktischen Effekte von Auseinandersetzungen um die Reproduktion einen Schlüssel für das Verständnis dessen liefern, wie sich die Politik in Ostmitteleuropa neu gestaltet. Politische Autorität wird zum Teil über sich auf die Reproduktion beziehende Argumente hergestellt. Im Alltag haben solche Diskussionen sowie die Reformierung der Reproduktionspolitik nicht nur sich verändernde Fortpflanzungspraktiken zum Ergebnis, sondern auch die Entstehung neuer Typen von politischen Akteuren und Subjektivitäten – auf der heimischen ebenso wie auf der internationalen Bühne.

Kurz gesagt ist der beständige Fokus auf die Reproduktion – ungeachtet der vielen Unterschiede zwischen den Ländern der Region (David 1999; Gal, Kligman 2000a) – bemerkenswert und verlangt nach einer Erklärung. Doch selbst in jenen Ländern, in denen die Abtreibungsfrage nicht so heftig, öffentlich und eingehend diskutiert wurde, gaben sich die Regierungen nicht damit zufrieden, die Reproduktionspolitik einfach sein zu lassen. In Bulgarien war die Abtreibung im Parlament kein besonderes Thema, als Teil eines allgemeinen Liberalisierungstrends wurde jedoch ein liberaleres Gesetz verabschiedet. Es trat an die Stelle von aus der kommunistischen Ära stammenden Regelungen, die die Abtreibung unter den ethnischen Bulgaren eingeschränkt hatten, sie der türkischen Minderheit sowie jener der Roma hingegen erlaubten. In Tschechien und der Slowakei wurden – obwohl es entsprechende Gesetzesvorschläge gab – keine Beschränkungen eingeführt, aber eine Reform des Gesundheitswesens zog höhere Gebühren für „nichtmedizinische“ Abtreibungen nach sich und limitierte so die Zugangsmöglichkeiten. Selbst in diesen Ländern war ein breites Spektrum an Elitegruppen in die Debatten involviert: nicht nur politische Führungspersonlichkeiten und Regierungsvertreter aus den für Gesundheit, Erziehung und Jugend zuständigen Ministerien, sondern auch Kirchenführer, Nichtregierungsorganisationen, die sich Frauenrechten und Bevölkerungsfragen widmeten, sowie Experten für Gesundheit, Erziehung und Sozialpolitik. Auch die Themen der Kinderbetreuung und Sexualität wurden in den

öffentlichen Debatten und Regierungsmaßnahmen der gesamten Region aufgegriffen (Bahovec 1991; Daskalova 2000; DeSoto, Anderson 1993; Fuszara 1991; Gal 1994; Huseby-Darvas 1996; Kligman 1992, 1998; Maleck-Lewy 1995; Maleck-Lewy, Ferree 2000; Mežnarić o. J., 1997a, 1997b; Nelles 1991–1992; Nimsch 1991–1992; Petrova 1993; Renner, Ule 1998; Sándor 1999; Zielińska 2000).

Aus der Sicht der liberalen politischen Theorie und des soziologischen Common Sense scheint dieses Interesse für Fortpflanzung in einer Phase radikalen politischen und ökonomischen Wandels ungewöhnlich, da die Reproduktion im Allgemeinen als Teil der Privatsphäre von Heim und Familie und nicht der öffentlichen Sphäre von Politik, Zivilgesellschaft und Staatenbildung betrachtet wird. Doch für feministische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – die seit langem geltend machen, dass die Unterscheidung von „öffentlich“ und „privat“ weniger eine einfache Beschreibung gesellschaftlicher Bereiche denn eine ideologisierte Dichotomie ist, die den Anschein einer Trennung zwischen Aktivitäten erzeugt, welche jedoch eng miteinander verbunden sind – kommt diese Diskussion nicht wirklich überraschend (Collier, Yanagisako 1987; Leonardo 1991; MacCormack, Strathern 1980; Rosaldo 1974).³ Sie ist ein treffendes Beispiel für das, was jüngst als „Reproduktionspolitik“ bezeichnet wurde. Dieses Forschungsgebiet untersucht in der Regel, wie scheinbar weit entfernte Machtbeziehungen Geburt und Kinderaufzucht beeinflussen. Wir vertreten allerdings die Ansicht, dass es sich auch damit auseinander setzen sollte, wie die politischen Prozesse selbst durch die Diskussion und Kontrolle der Reproduktion geprägt werden. Letzteres ist es, was wir „Reproduktion als Politik“ nennen möchten. Beide Vorgänge sind eng miteinander verknüpft.

Durch menschliche Fortpflanzung sichern sowohl Individuen als auch Kollektive ihr Weiterbestehen. Sie ist zum Teil deshalb Gegenstand politischer Auseinandersetzungen, weil Staaten, Familien und andere soziale Akteure meinen, dass für sie bei der Kontrolle von Geburt und Kinderaufzucht viel auf dem Spiel steht. Die vielfältigen Perspektiven oder „Interessen“ in Bezug auf die Reproduktion sind historisch konstruiert und wandelbar und befinden sich daher oft zueinander in Widerspruch. Mit dieser Feststellung bewegen wir uns weit weg von den abgegriffenen funktionalistischen Argumenten, die besagen, menschliche Fortpflanzung sei „notwendig“ für die Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Systeme oder die Bereitstellung von Arbeitskraft. Wir richten unser Augenmerk auf die verschiedenen Diskurse, die die mit der Reproduktion verbundenen Überzeugungen und Alltagspraktiken formen: Wir untersuchen deren Kontingenz und Widersprüchlichkeit und deren (oft unbeabsichtigten) Einfluss auf die historische Konstruktion, Autorisierung und Rechtfertigung von politischen Akteuren und Handlungen. Das bedeutet, dass funktionalistische Theorien innerhalb des diskursiven Zugangs, den wir hier wählen, nur einige unter vielen Argumenten bilden, die Intervention (oder Zwang) bei der Überwachung und Kontrolle der Fortpflanzung rechtfertigen. Biologische ist nicht das Gleiche wie soziale Reproduktion, wenn auch gewisse Gesellschaftstheorien die beiden aus Unachtsamkeit vermengt haben.

³ Siehe auch Kapitel 3 und 4 in Gal, Kligman 2000b.

Wir wollen uns zuerst der Perspektive der Staaten, so wie sie in der europäischen politischen Theorie dargestellt wird, widmen. Das Wohl des Staates wird seit langem mit der raschen Weitervermehrung seiner Einwohner und Einwohnerinnen in Verbindung gebracht; die Kraft des individuellen Körpers dient als Zeichen für die Gesundheit oder Schwäche des Staatskörpers. In monarchischen Systemen war der wichtigste Körper – sowohl im übertragenen als auch im materiellen Sinn – jener des Königs. Seine Fortpflanzung war von zentraler Bedeutung für die Aufrechterhaltung königlicher Linien, ebenso wie die kulturell definierten Formen der körperlichen Reproduktion wesentlich für den Weiterbestand von Adelsfamilien und ihrer Macht waren (Feeley-Harnik 1985; Hunt 1991; Kantorowicz 1957).

In der frühen Neuzeit verschob die politisch-ökonomische Theorie ihren Fokus vom Körper des Herrschers hin zu den Körpern der Beherrschten, sodass die Beschaffenheit und Größe der auf dem Staatsterritorium lebenden Bevölkerung von entscheidender Wichtigkeit für die Staatskunst wurde. Michel Foucault (1991) ging in seiner Beschäftigung mit dieser Verschiebung von einem Bruch zwischen unterschiedlichen Vorstellungen von Staatsmacht aus: solchen, die sich auf die physische Existenz des Souveräns gründeten – seine persönlichen Beziehungen zu anderen Souveränen oder zu seinem Hof –, sowie solchen, die sich auf die Bewohner und Bewohnerinnen des Territoriums beziehen. Foucault meinte, diese Verschiebung sei kennzeichnend für eine weitgehend veränderte Vorstellung von Herrschaft als Routinemanagement von Dingen und Menschen sowie einer sich auf ökonomische Überlegungen und Kategorien stützenden Kontrolle von deren Wohlergehen und deren Handlungen. Der Typ von Wissen, auf den die erste Form des Regierens hinausläuft, ist eine Kunst, die auf zwischenpersönlicher Intuition sowie auf den Leidenschaften, Tugenden und Lastern der Herrscher beruht. Der Typ von Wissen, auf dem die zweite Herrschaftsform basiert, ist eine eher unpersönliche, systematisierte „Staatswissenschaft“, die auf einer sorgfältigen, auf das allgemeine Wohl abzielenden Verwaltung beruht. Der Wandel zwischen diesen beiden Formen ist allerdings auch anders erklärt worden. Manche sehen darin eine Verschiebung der Ziele und Probleme des Regierens. Dieses habe sich von einer Sorge um die Befriedigung oder Kontrolle der „Ruhmesleidenschaften“ des Fürsten zu einer neuen Kategorie politischen Denkens gewandelt: den „Interessen“ von Individuen und Gruppen (Burchell u. a. 1991; Donzelot 1979; Gallagher 1987; Hirschman 1977; Jordanova 1995).

Foucaults schematische Gegenüberstellung zweier Regime präsentiert ein Bild der Geistesgeschichte, das von den Geschichtswissenschaften angezweifelt wird: Diese haben gezeigt, dass im Wandel der Vorstellungen über das Regieren zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert eher schrittweise und widersprüchliche Prozesse abliefen. Innerhalb der westeuropäischen Staaten unterschieden sich diese Vorstellungen häufig. Ruhm und Leidenschaft wurden weniger verdrängt als neu organisiert und teilweise auf die Auslandspolitik und die Außenbeziehungen umgelenkt; liberale Theorien des Regierens führten andere Kategorien ein, darunter jene des „Volkes“. Dessen ungeachtet scheint die Behauptung gerechtfertigt, dass man im 18. Jahrhundert die Grundlage für den Reichtum und die Macht des Staates generell nicht in der Größe seines Territoriums sah, sondern im Umfang und der Produktivität seiner

Bevölkerung. Die merkantilistische Theorie liefert dafür ein gutes Beispiel: Die Summe Goldes in der Schatzkammer des Souveräns war nur *ein* Indiz für seine Herrschaftsmacht. Ein anderes war die Zahl der Menschen, die auf seinem Territorium lebten. Die Tatsache, dass eine große Bevölkerung nicht nur die Stärke der Armeen erhöhte, sondern auch immer mehr Arbeitskraft bereitstellte, wurde zu einem entscheidenden Faktor. Daher verglich Friedrich der Große das rückständige Russland mit dem vom Glück begünstigten Holland: Letzteres verfüge, obwohl sein Territorium wesentlich kleiner sei, über eine dichte Besiedelung, Wohlstand und eine arbeitsame Handelsbevölkerung, welche es seiner Meinung nach zu einem einflussreicheren europäischen Staat machten (Foucault 1991: 94).

Eine große Bevölkerung machte nicht nur einen guten, starken Staat aus, sondern die Zahl seiner Einwohner und Einwohnerinnen war auch ein Zeichen für seine Moral: „Jede weise, gerechte und milde Regierung [...] wird immer über ein sehr großes Volk herrschen“, bemerkte David Hume (Gallagher 1987: 83). Diese Verbindung zwischen der Bevölkerung und der Moral des Staates wurde in der europäischen Politik zu einem anhaltenden Thema. Bezeichnenderweise wurde die Gleichung manchmal jedoch umgedreht. Humes optimistische Überzeugung wurde später durch Thomas Malthus' These erschüttert, die besagte, ein ungezügelter Bevölkerungszuwachs hätte für die Gesellschaft nachteilige Folgen. Nunmehr wurde ein stetiges Anwachsen der Bevölkerung von manchen weniger als Lohn und Zeichen moralischer Überlegenheit gewertet denn als Gefahr für die Ordnung des Staates. Als Frankreich allerdings im 19. Jahrhundert mit einer Abnahme seiner Geburtenrate konfrontiert war, die jene der anderen westeuropäischen Industrienationen überstieg, war die Antwort politische Panik: Sie wurde allgemein als eine Bedrohung der militärischen und wirtschaftlichen Stärke Frankreichs wahrgenommen (Offen 1984). Wesentlich ist dabei jedoch, dass – gleichgültig, ob es nun um die Ab- oder die Zunahme der Bevölkerung ging – deren Kontrolle und die Frage ihrer „Qualität“ Sache des Staates blieb.

Die politische Sorge um die Quantität und Qualität der Einwohnerschaft nahm unterschiedliche Formen an. Eine davon bestand in der Ausweitung der Staats- und Kolonialverwaltung des frühneuzeitlichen Europa, die sich im 19. Jahrhundert noch verstärkte. Eine andere war das wachsende Interesse der Administratoren an den genauen Lebensumständen der Bewohner und Bewohnerinnen eines Territoriums. Es waren die neu entstehenden Disziplinen der – unter anderem – Volkskunde, Geographie und Statistik, welche die Vorstellung von einer „Bevölkerung“ als gegebener Tatsache erzeugten. Die „Bevölkerung“ wurde zu einem Wissensobjekt, das verstanden werden konnte, indem man Details über die materiellen und verhaltensbezogenen Aspekte des Lebens der Menschen zusammentrug. Bevölkerungen boten die Möglichkeit, administrativ und normierend einzugreifen. Im deutschen Kontext zum Beispiel entwickelten sich die „Staatswissenschaften“ allmählich aus der früheren Vorstellung von Finanz- und Rechtspolitik als Funktionen der Regierung, denen als dritte Staatswissenschaft die „Administration“ hinzugefügt wurde, welche zum Ziel hatte, das Wohlergehen und die Prosperität des Staates und seiner Untertanen zu gewährleisten. Mithilfe dieser Disziplinen konnte die Bevölkerung durch „Überwachung“ (*policing*) oder Regulierung geformt und kontrolliert werden. In der politischen Theorie wurden die Verwaltung, Vergrößerung

und Verbesserung der Bevölkerungen durch Erziehung und öffentliche Gesundheit nunmehr als grundlegende Legitimation von Staaten gesehen und als von so großer Bedeutung wie die Aufrechterhaltung der Souveränität selbst (Abramovitz 1988; Bock, Thane 1991; Brown 1992; Hacking 1990; Herzfeld 1987; Lindenfeld 1997; Linke 1990).

In diesem historischen Kontext gesehen haben die geburtenfördernden Aktivitäten der liberalen, faschistischen, kommunistischen und Wohlfahrtsstaaten im Europa des 20. Jahrhunderts einen langen Stammbaum und bilden damit einen Teil dessen, was Foucault „Biopolitik“ genannt hat (Foucault 1999). Die Spuren der Staatsmacht lassen sich nicht nur in diesen politischen und fachwissenschaftlichen Diskursen verfolgen, sondern auch in weit verbreiteten Praktiken wie jenen der rechtlichen Durchsetzung einer normativen (reproduktiven) Heterosexualität, der Überwachung der Frauenkörper und der Versuche, die Fruchtbarkeit der Frauen zu kontrollieren.

Bei der empirischen Untersuchung staatlicher Praktiken warnen wir vor jeglicher Definition des Staates als einer verdinglichten oder personifizierten Entität mit festgelegten sozialen Funktionen und einheitlichen Zielen (Abrams 1988; Connell 1990). Für unsere Zwecke hier werden Staaten am besten dadurch charakterisiert, dass sie aus historisch spezifischen Verwaltungsinstitutionen bestehen, die über eine Vielfalt an Ämtern und Beamten sowie organisatorischen Ebenen und Abteilungen verfügen. Diese sind nie zur Gänze gleichgeschaltet und befinden sich häufig untereinander im Widerspruch oder Wettstreit. Solche staatlichen Institutionen sind damit beschäftigt, Autorität über eine bestimmte Bevölkerung und ein bestimmtes Territorium auszuüben – oder die an ihnen ausgeübte Gewalt zu legitimieren. Sie produzieren politische Maßnahmen, Regelungen, Gesetze, Praktiken und Diskurse, die Aspekten der Reproduktion auf unterschiedliche, manchmal kollidierende und häufig widersprüchliche Weise begegnen. Dementsprechend geht eine durch die Linse der Reproduktion blickende Ethnographie des Staates so vor, dass sie die Äußerungen und Handlungen bestimmter Akteure, die behaupten, den Staat zu repräsentieren – oder sich manchmal darum streiten, wer ihn am besten repräsentiert –, untersucht. Auf diese Weise lässt sich zeigen, wie politische Maßnahmen und Praktiken sowie offizielle Erklärungen, die auf impliziten Vorannahmen über die Geschlechterbeziehungen basieren, gemeinsam einen einschränkenden Kontext für die reproduktiven Aktivitäten der Einwohnerinnen und Einwohner des Staates erzeugen. Diese interpretieren ihrerseits diesen einschränkenden Kontext und reagieren mit Zustimmung, Widerstand unterschiedlicher Form und unterschiedlichen Ausmaßes oder Subversion (Brown 1992; Kligman 1998).⁴

Dieser kurze Abstecher in die politische Theorie war notwendig, um die Wurzeln zu zeigen, die dem Interesse des Staates an der Reproduktion zugrunde liegen. Das Interesse der Familien an der Geburtenregelung mag vielleicht offensichtlicher scheinen, doch auch dieses ist in kulturelle Definitionen eingebettet. Sozialhistoriker und -historikerinnen, Anthropologen und Anthropologinnen sowie historische Demographinnen und Demographen haben tausend Jahre sich verändernder europäischer Bevölkerungspyramiden damit zu erklären

⁴ Vgl. dazu auch Kapitel 4 in Gal, Kligman 2000b.

versucht, dass sie das Ergebnis von unterschiedlichen und wandelbaren „Familienstrategien“ seien (Brenner, Laslett 1989; Kertzer, Hogan 1989; Schneider, Schneider 1996; Skinner 1997; Watkins 1991). Das heißt, auch Familien meinen, dass bei der Reproduktion viel für sie auf dem Spiel steht – ob es sich nun darum handelt, das Erbe des Landes, Namens und Eigentums zu sichern, die soziale Kontinuität zu festigen, für den Nachschub an Liebesobjekten und Verbrauchern zu sorgen oder den familiären Bedarf an Arbeitskraft und Einkommen zu stillen. Zudem haben Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen gezeigt, dass es innerhalb der Familien häufig systematische Kämpfe zwischen Männern und Frauen ebenso wie zwischen den Generationen hinsichtlich der zeitlichen Planung, des Geschlechts und der Anzahl des Nachwuchses gibt.

Auch soziale Strömungen wie der Feminismus, der Republikanismus, die Gewerkschaftsbewegung, die Eugenik und der Nationalismus ebenso wie diverse religiöse Bewegungen haben ihre Reproduktionsideologien und vernichtenden Argumente zur „richtigen“ Sicht von Geburt, Mutterschaft und damit in Zusammenhang stehenden Fragen (Bock, Thane 1991; Bridenthal u. a. 1984; Michel, Koven 1990). Natürlich vertrat der Kommunismus – sowohl bevor als auch nachdem er in Ostmitteleuropa an die Macht kam – bestimmte Reproduktionsideologien, die wir weiter unten besprechen werden. Auch viele feministische Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts konstruierten rund um ihr Interesse am Schutz der Fortpflanzung und der Kinder eine umfassende Moralpolitik. Die Frage ist eine sehr allgemein gültige: Soziale Bewegungen definieren sich oft über utopische Erzählungen, in denen idealisierte Bilder von Reproduktion und Kontinuität eine entscheidende Rolle spielen. Sie bestimmen, wer sich fortpflanzen soll (und wer nicht) und in welchem Ausmaß, wer für welche Aspekte der Reproduktion verantwortlich ist und für welche Art der Belohnung oder Entschädigung und in welchem Verhältnis die Reproduktion zur Moral steht.

Diskursive Gefechte zwischen diesen unterschiedlich konstruierten Perspektiven sind jederzeit einsetzbar. Doch in Phasen des politischen Umbruchs wie anlässlich der Ereignisse von 1989, wo alte und neue Eliten über Staatsformen verhandeln und streiten, sind sie nicht zu vermeiden. In solch kritischen Momenten werden nicht nur die politischen Karten neu gemischt, sondern auch die Regeln des politischen Spiels werden neu durchdacht und verändert, was die Legitimität des politischen Handelns und die Identität der politischen Akteure in Frage stellt. Wir sind der Ansicht, dass Reproduktionspolitik und -ideologie – eben weil sie eine Grundlage für die Schaffung von Autorität bilden – entscheidende Merkmale solcher politischer Prozesse sind.

Wir unterscheiden vier miteinander in Zusammenhang stehende Formen dessen, wie Reproduktion Politik macht: (1) Öffentliche Diskussionen über Fragen der Reproduktion tragen zur Neugestaltung der Beziehung zwischen Staaten und ihren Einwohnerinnen und Einwohnern bei; (2) unter diesen Beziehungen sticht besonders die nationale Zugehörigkeit heraus, und Erzählungen über die Nationalität stützen sich bei der Erschaffung und Wiedererschaffung der Kategorie der „Nation“ und ihrer Grenzen ganz entscheidend auf Reproduktionsdiskurse und -praktiken; (3) Auseinandersetzungen um die Reproduktion dienen als verschlüsselte Aussagen über die politische Legitimität und die Moral des Staates; und

(4) diese Auseinandersetzungen konstituieren Frauen als politische Gruppe und als bestimmte Typen von politischen Akteuren.

Als Erstes tragen Diskurse über die Reproduktion dazu bei, das Verhältnis zwischen einem Staat und seiner Bevölkerung neu zu gestalten. Die Staatsbildung ist ein Prozess, in dem es unter anderem darum geht, eine zentralisierte Autorität über ein Territorium und jene, die es bewohnen, zu errichten und aufrechtzuerhalten. Doch dieses Autoritätsverhältnis kann in vielerlei Art gedacht werden. Menschen erscheinen in staatlichen Diskursen als „Untertanen“, „Bürger“, „Arbeiter“, „Nationsbrüder“, „Kinder“ oder „Verwandtschafts- und Familienmitglieder“, was in der Praxis dramatisch umgesetzt und vorgeführt wird: durch die Auferlegung und Legitimierung von Beschränkungen in Bezug auf Fortpflanzung und Sexualität.

Diese Beziehungen zwischen dem Staat und seiner Bevölkerung verfügen über eine bestimmte Gefühlsstruktur; sie beruhen auf Angst, Erotik oder Verzauberung. Es lohnt hier, einige Hinweise auf die Art zu geben, wie Diskurse und Praktiken diese Beziehungen formen können. Wir entnehmen unsere Beispiele nicht dem aktuellen ostmitteleuropäischen Kontext, den wir später analysieren werden, sondern greifen zu historischen Fallbeispielen. Damit wollen wir betonen, dass die Prozesse, die wir beschreiben, in keiner Weise auf diese Region und die Gegenwart beschränkt sind. Wer nach einem Beispiel für eine Angst-, wenn nicht sogar Schreckensherrschaft und deren weitreichende Konsequenzen für das Zusammen- und das Gefühlsleben sucht, muss nur bis zum Rumänien Nicolae Ceaușescus blicken, wo die Körper der Frauen und die Aktivitäten der Ärzte routinemäßig überwacht wurden, damit sichergestellt war, dass sie keine Schwangerschaftsabbrüche begingen. Die Angst vor diesem Eingreifen des Staates in das Alltagsleben war ein konstantes Merkmal dieser Zeit. Ebenso wie in der Sowjetunion unter Stalin beruhte die Angst auch auf sozialer Erfahrung: Es herrschte die Praxis vor, die Denunziation zu fördern – unter anderem auch jene von die Reproduktion betreffenden Vorfällen. Dies gab dem oder der Einzelnen die Möglichkeit, die Staatsgewalt auf seine oder ihre Nachbarn loszulassen – unter dem Vorwand, dass die ideologische Strenge gewahrt werden müsse. Damit hatten gewöhnliche Menschen in noch nie da gewesener Weise Zugang zum Staatsapparat, lebten gleichzeitig jedoch unter der allgegenwärtigen Drohung von Haft und Folter (Fitzpatrick, Gellately 1997; Gellately 1997; Gross 1988; Hodos 1987; Kligman 1998; Rév 1987; Toranska 1987).

Im Unterschied dazu haben Forscherinnen und Forscher, die sich mit der italienischen Politik befasst haben, wiederholt die starken sexuellen Elemente in der Beziehung der faschistischen Führer zu ihrem Publikum hervorgehoben. Darüber, worin genau der sexuelle Reiz bestand, herrscht jedoch Uneinigkeit. Alle betonen die zentrale Bedeutung von „Männlichkeit“ in der faschistischen Rhetorik und in Benito Mussolinis Selbstdarstellung. Für manche Autoren jedoch ist die politische Rhetorik von Bildern von Menschen durchdrungen, die sich in das Regime und seinen Anführer „verlieben“, während andere ein „Szenario, in dem der männliche Führer die feminisierten Massen ‚vergewaltigt‘“ (Spackman 1996: xii), orten. Der italienische Faschismus kann auch als kurioses Beispiel dafür dienen, wie Reproduktion „verzaubert“. Mussolini ermunterte seine Zuhörer und Zuhörerinnen wiederholt dazu, sich an

dem zu beteiligen, was als „demographisches Delirium“ bezeichnet worden ist und wodurch Faschisten geboren, aber nicht gemacht werden konnten. Bereits 1927 stellte Mussolini fest: „Nun kann niemand mehr Faschist werden.“ Faschisten könnten nur „natürlich“ entstehen, da Kinder, die unter seiner Herrschaft geboren würden, irgendwie „magisch“ zu physischen Verkörperungen seiner Doktrin würden (Berezin 1999; DeGrazia 1992; Spackman 1996). Diese unterschiedlichen Formen der Subjektkonstitution schließen einander jedoch nicht aus. Im Gegenteil, im gegenwärtigen Ostmitteleuropa bilden sie ein ganzes Argumentationsfeld. Soziale Akteure, die innerhalb des Staates um die Kontrolle der Staatsapparate kämpfen, können sich mit solchen Themen positionieren. In einem allgemeineren Sinn kann ein Großteil der politischen Diskussion als ein Mittel der Auseinandersetzung um die Frage gesehen werden, welche dieser Staat-Subjekt-Beziehungen zu einem bestimmten historischen Moment oder für bestimmte politische Zwecke Vorrang erhalten soll. Wir möchten in diesem Zusammenhang Folgendes festhalten: Auch wenn die Diskurse und Praktiken staatlicher Behörden (*state agencies*) die Subjekte „anrufen“ – um Louis Althusser's Terminologie zu verwenden –, gewährleistet dies nicht, dass Menschen diese Positionen tatsächlich „einnehmen“ oder verkörpern; noch wird damit erklärt, wie und durch welche meinungsbildenden Prozesse Menschen dazu gebracht werden, die Subjektivitäten zu leben, die ihnen von Institutionen und Bewegungen angeboten werden.⁵

Reproduktionsdiskurse und -praktiken bilden einen Angelpunkt bei der Konstruktion des Verhältnisses zwischen einem Staat und seinen Subjekten. Die für die Reproduktion geltenden Beschränkungen dienen ihrerseits dazu zu definieren, wer ein richtiges Mitglied der staatlichen Bevölkerung ist. So herrscht zum Beispiel in vielen Fällen implizit die Ansicht vor, „Bürger“ würden diesen Titel sowie die damit einhergehenden Rechte deshalb verdienen, weil sie bestimmte Formen einer staatlich sanktionierten, aus rechtlicher Sicht akzeptablen und für gewöhnlich reproduktiven Sexualität entfalten. Umgekehrt wird die Fortpflanzung der Bürger als nützlich, vernünftig und für die Zukunft notwendig erachtet, während die Reproduktion jener, die nicht als Bürger anerkannt werden – wie zum Beispiel Einwanderer oder stigmatisierte Minderheiten –, aus ebendiesem Grund als gefährlich, unkontrolliert und verunreinigend gilt. Das Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Subjekten ist immer an Bilder von Reproduktion geknüpft, gestaltet sich dabei jedoch unterschiedlich – je nach der (sozialistischen, wohlfahrtsstaatlichen, nationalen, liberaldemokratischen, faschistischen) Ideologie, mit der die Repräsentanten des Staates diesen selbst erklären und legitimieren. Im gegenwärtigen Ostmitteleuropa sind derartige Debatten durchgehend präsent.

Als in Ungarn zum Beispiel die führenden Köpfe von 1990 bis 1992 die Abtreibungsfrage diskutierten, galt eine Hauptsorge der Überlegung, ob der entsprechende Rechtstext eine „Verordnung“ oder ein „Gesetz“ sei. Manche argumentierten, wenn die Einwohner und Einwohnerinnen Ungarns nunmehr als Bürger einer Demokratie und nicht mehr als infantilisierte „Kinder“ eines paternalistischen kommunistischen Staates, der nichts als Befehle von

⁵ Siehe dazu auch Kapitel 5 und 6 in Gal, Kligman 2000b.

sich gibt, behandelt werden sollten, dann müssten zu wichtigen Fragen – wie zum Beispiel zu jener der Reproduktion – von rechtmäßig gewählten Volksvertretern und -vertreterinnen Gesetze verabschiedet werden. Wenn die Abtreibungspolitik unter dem Kommunismus Teil dieser Regierungsbefehle gewesen sei, so meinten sie, dann müsste sie nunmehr aus genau diesem Grund als Gesetz betrachtet und verhandelt werden – auch wenn man sich über den Inhalt einig sei. Worüber man sich hingegen uneinig war, waren die annehmbaren Formen von politischer Kontrolle sowie die Grenzen dessen, was ein Staat von seinen Bürgern und Bürgerinnen verlangen und nicht verlangen kann (Gal 1994).

Auch im Deutschland der frühen neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts wurden die Verpflichtungen des Staates gegenüber seinen Bürgern und umgekehrt diskutiert, allerdings in anderer Form. Für viele Menschen in Westdeutschland hatten die Rechte des Fetus Vorrang vor jenen der Frauen. Viele Ostdeutsche klagten, dass, während die Einigung Demokratie und liberale Rechte verspreche, die Einschränkung der ostdeutschen Abtreibungsgesetze für die Frauen im Grunde einen Verlust an Demokratie und Individualrechten bedeute. Die Abtreibungsdebatte drehte sich in Ostdeutschland somit sehr stark darum, welche Klassen von Menschen für die vermeintlich universale Kategorie des „Bürgers“ bevorzugt würden. Der Prozess, den wir hier beschreiben, tritt auch in Polen deutlich zutage, wo Abtreibungsgegner ebenso wie jene, die das Recht auf Abtreibung unterstützen, fragen: Wird Polen eine Theokratie werden, mit christlichen Einwohnern und Einwohnerinnen, die den Lehren der katholischen Kirche folgen? Wird es der katholische Vorzeigestaat, der Europa neu bekehrt? Oder wird der Staat säkular und neutral sein; wird sein Parlament die Freiheit besitzen, die Kirche mit Steuern zu belegen; werden seine Einwohner und Einwohnerinnen als religiös unmarkierte „Bürger“ definiert sein, die weder Christen sein noch mit der kirchlichen Lehre übereinstimmen müssen (Zielińska 2000)?

Ein weiterer Weg, das Verhältnis zwischen einem Staat und (zumindest Teilen) seiner Bevölkerung zu konstruieren, besteht in der Erschaffung und Wiedererschaffung der Nation und ihrer Grenzen. Damit wenden wir uns einer zweiten Form zu, in der Reproduktionsdebatten und -maßnahmen sowie die Praktiken, die diese erzeugen und legitimieren, in der Politik eine entscheidende Rolle spielen. Um zu verdeutlichen, was wir damit meinen, ist es wichtig festzuhalten, dass Nationen und Staaten weitgehend verschiedene Einheiten bilden, obwohl beide kulturell imaginiert werden müssen. Staaten sind, wie wir festgestellt haben, relativ zentralisierte Organisationsstrukturen, die Souveränität über ein Territorium beanspruchen. Nationen sind jedoch symbolische Konstrukte – Identitätskategorien oder soziale Ordnungssysteme, die dazu verwendet werden können, horizontale Solidaritäten oder „vorgestellte Gemeinschaften“ (*imagined communities*) zu schaffen. Diese vorgestellten Gemeinschaften werden in der Regel je nach ihrer Zusammensetzung unterschiedlich klassifiziert: als staatsbürgerliche (*civic*), also als eine Nation von Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen, die auf der Vorstellung von gemeinsamer politischer Verantwortung und gemeinsamen politischen Rechten basiert; oder als ethnische (*ethnic*) Gemeinschaft, die auf ethnonationalistischen Annahmen über eine gemeinsame Herkunft, eine gemeinsame Kultur und gemeinsames Blut beruht (Anderson 1996; Brubaker 1998).

Nationale Identitäten – staatsbürgerliche ebenso wie ethnische – werden durch einen semiotischen Prozess erzeugt, der sich in gewohnter Weise auf Oppositionen und Exklusionen stützt. Nationale Identität wird sehr häufig in Gegenüberstellung zu anderen Kategorien geschaffen: zu imperialen Formen von politischer Zugehörigkeit; zu „Eingeborenen“, die in einem neu beanspruchten Territorium leben; zu weiteren Nationen, von denen man annimmt, dass sie in demselben Staat existieren. Dies hat zur Folge, dass das Kategoriensystem, das die Nation erschafft, immer schon das logische Potential für eine weitere Aufsplitterung und Segmentierung sowie für die Bildung weiterer (sub)nationaler Kategorien, die den bereits konstituierten gegenüberstehen, in sich trägt.

Für uns ist der Nationalismus eine soziale Strömung beziehungsweise politische Position, die auf solchen (anfechtbaren) Identitätskategorien aufbaut. Er ist eine Bewegung, die sich mitunter auf die Übernahme eines Staatsapparats durch jene richtet, die behaupten, Mitglieder einer bestimmten Nation zu sein. Doch ob nationalistische Strömungen nun die Formierung eines neuen Staates beziehungsweise mehr Einfluss in einem bereits konstituierten Staat fordern oder ob sie wechselnde Beziehungen zu einer Reihe von Staaten ausverhandeln, in denen mit ihnen in Verbindung stehende nationalistische (Diaspora-)Bewegungen operieren – immer sind sie Mittel, kollektives Handeln zu mobilisieren und damit das imaginierte Kollektiv selbst, also die Nation, erst zu erschaffen. Der Prozess ist in klassischer Weise „performativ“; das heißt, nationalistische Anführer gehen von einer sozialen Entität (der Nation) aus, in deren Namen sie agieren, die jedoch erst durch ihre Mobilisierungsanstrengungen als Kollektiv erschaffen wird. Dies kann durch die Gründung einer sozialen Bewegung der Fall sein, durch bevorzugte oder benachteiligte Behandlung in den Gesetzestexten oder Organisationen eines Staates oder durch die Kennzeichnung von Individuen in Volkszählungen oder anderen Formen administrativer Buchführung. Der Prozess ist kein demographischer, der jene „findet“, die die Züge irgendeiner vermeintlichen nationalen Gruppe tragen, und auch keiner, der Gruppen „(wieder)erweckt“. Er ist eher die Sache von Führungspersönlichkeiten, die eine politische Position verbreiten, welche die Existenz der betreffenden Gruppe voraussetzt. Solche nationalistischen Argumente übergehen häufig andere, konkurrierende Typen von Identitätskategorien – insbesondere jene der Klasse und des Geschlechts, aber auch der politischen Anschauung und der regionalen Zugehörigkeit.

Welche Rolle spielen nun Erzählungen über die Reproduktion bei der Erschaffung solcher (ethno)nationalen Kategorien? Es muss wohl kaum betont werden, dass in den meisten Formen ethnonationalistischen Denkens biologische Fortpflanzung und die Zeit überdauernde biologische Kontinuität die Kernstücke der Schaffung und Imagination von Gemeinschaft bilden. Obwohl Bevölkerungen häufig durch Migration und Assimilation wachsen oder abnehmen, werden diese Prozesse von der nationalistischen Ideologie in der Regel ignoriert oder zunichte gemacht und stattdessen Blutsbande konstruiert und in den Vordergrund gerückt. Auch wenn Individuen üblicherweise mehreren nationalen Identitäten angehören können und die Grenzen zwischen Kategorien oft durchlässig und verschwommen sind, leugnen der nationalistische Diskurs und die herkömmliche nationale Sprache solche „Unordentlichkeiten“.

In den meisten Formen des (Ethno-)Nationalismus ist die Erschaffung von Angehörigen einer Nation nicht nur ein symbolischer Klassifizierungsprozess, sondern in hohem Maße auch ein materieller, körperlicher: Die Bande zwischen den Generationen müssen zwangsläufig reproduktive Bande, also Verkörperungen von Zugehörigkeit sein. Das Verhältnis des oder der Einzelnen zur Zukunft und Geschichte wird in Generationsbegriffen verstanden, vermittelt Erzählungen von physischer, biologischer Reproduktion. Und wenn Nationen institutionalisiert werden, werden bestimmte Formen der Fortpflanzung als das einzig legitime, genuine, authentische Mittel der nationalen Reproduktion definiert. So erhält die Tatsache, ob beide Elternteile oder nur einer von beiden derselben nationalen Gruppe angehört und ob die Geburt auf nationalem Territorium erfolgte oder nicht, eine große Bedeutung für das Leben des oder der Einzelnen, in juristischen Auseinandersetzungen um Rechte und Pflichten ebenso wie bei der Schaffung von nationalen Grenzen.

Ein Ereignis aus dem Jahr 1997 mag dieses Phänomen veranschaulichen: Ein tschechisches Paar nahm ein Roma-Mädchen aus einem Kinderheim zu sich; das Kind besaß allerdings die slowakische Nationalität. Das Mädchen war zwar in der Tschechischen Republik geboren worden, seine Eltern hatten allerdings keinen ständigen Wohnsitz beantragt. Dem tschechischen Ehepaar, das das Kind zu adoptieren versuchte, wurde bald die Auszahlung der Kinderbeihilfe verweigert. Das Sozialhilfegesetz war geändert worden, und da das Kind nicht über die tschechische Staatsbürgerschaft verfügte, bedeutete dies, dass die Familie nicht anspruchsberechtigt war. Mehr noch: Da ein Ausländer in die Familie aufgenommen worden war, verlor das Ehepaar den Anspruch auf Beihilfe für sein eigenes, biologisches Kind (*Adopting a Child* 1997).

Angesichts dieser bekannten Phänomene ist es erstaunlich, dass moderne Theoretiker des Nationalismus – Anderson, Gellner, Hobsbawm, Horowitz, Smith – so wenig über die Rolle von Gender und Reproduktion im Nationalismus zu sagen haben. Die feministische Kritik an dieser Auslassung hat jedoch eine umfangreiche Literatur über Geschlecht und Nation als miteinander in Zusammenhang stehende kulturelle Kategorien hervorgebracht – Arbeiten, in denen die Reproduktion zumeist berücksichtigt wird (Anthias, Yuval-Davis 1989; Hall u. a. 1993; Heng, Devan 1992; Verdery 1996; Whitehead u. a. 1993). So haben feministische Studien zum Beispiel die Familienmetaphern des Nationalismus offen gelegt, die die Nation in der Regel weiblich und den Staat männlich besetzen und dabei zugleich das Verhältnis der Männer zur Nation erotisieren. Mutterschaft wird aufgewertet, und die Frauen werden zu Repräsentantinnen des „Geistes“ der Nation gemacht. Man hat viele Varianten dieser Bildersprache beobachtet. Chatterjee (1993) hat, unter anderen, eine wichtige und vielschichtige Konstellation bemerkt, die in postkolonialen Kontexten häufig auftritt: Antikoloniale nationalistische Strömungen unterscheiden oft zwischen materieller und spiritueller Gruppenidentität, wobei sie „ihren“ Frauen die Last übertragen, die Tradition zu repräsentieren (häufig in irgendeiner erst kürzlich erfundenen Form) und damit den geistigen Wesenskern der Gruppe zu bewahren. Die Männer können dadurch unbelastet die unmarkierten – und vernünftigen – Subjekte der „Moderne“ sein. Ironischerweise akzeptieren diese nationalistischen Diskurse und Strömungen, obwohl sie die Kolonialherrschaft ablehnen, implizit das

kolonialistische Werturteil, dass man den Grad an Modernität und Zivilisation daran messen könne, wie Männer „ihre“ Frauen behandeln. Im ostmitteleuropäischen wie im postkolonialen Kontext wird, in einer interessanten Variation des Themas, die Verwendung reproduktiver und kontrazeptiver Technologien zu einem Zeichen für den Erfolg und die Modernität der Nation (Băban 2000).

Diesen Erkenntnissen fügen wir hinzu, dass der Fokus auf Mutterschaft und Frauen als „Vehikel der Nation/Rasse“ auch andere interessante Widersprüche in sich trägt. Da nationale Bewegungen zumeist als „kameradschaftlicher Verbund von Gleichen“ (Anderson 1996: 17; wir ergänzen: männlicher Verbund) gedacht werden, übernehmen sie oft implizit die Logik patrilinearere Systeme, in denen Frauen zwar den unabdingbaren Ort der Kontinuität bilden, aber auch die Außenseiter sind, die man kontrollieren muss. Durch ihr potentiell unzügelbares Sexualverhalten werden Frauen als eine Bedrohung der Gruppe gesehen. So werden den Frauen Bevölkerungsabnahmen zur Last gelegt und der Vorwurf gemacht, sie seien zu „egoistisch“, um Kinder zu haben. Man wirft Frauen vor, sie träten in einen „Gebärstreik“; sie werden beschuldigt, sich mit als „unnatürlich“ geltenden politischen Systemen wie dem Kommunismus zu verbünden oder Verrat zu begehen, wenn sie nicht wollen, dass ihre Söhne im Krieg sterben. Die vertraute Erzählung von der „Bedrohung“ der Nation durch äußere Kräfte – insbesondere durch andere, benachbarte Nationen – kann auch die Erzählung davon beinhalten, dass die Nation von ihren eigenen Frauen, die als innere Feinde gelten, betrogen wird. Zu diesem Schluss kommen auch die oben skizzierten postkolonialen Erzählungen, wo Frauen die „Kultur“ zu verraten scheinen, deren geistige Essenz sie doch repräsentieren sollen. Die Kontrolle der Frauen wird so zu einem logischen Projekt des Nationalismus. Ein klassisches Mittel dieser Kontrolle ist die Regulierung der weiblichen Gebärfähigkeit, entweder durch die Erzwingung ungewollter Geburten oder durch die Beschränkung von gewollten.

Es ist unter anderem diese Verbindung zwischen Nation und Reproduktion, was im jugoslawischen Krieg Vergewaltigung zu einer solch mächtigen Waffe machte. Die Ironie der ethnischen Säuberung – welche sich vordergründig auf die Vorstellung von der Unduldbarkeit nationaler Differenz auf einem bestimmten Territorium stützt – besteht darin, dass die einzelnen Kriegsparteien einander nur zu gut verstanden. Wie einige Forscherinnen und Forscher gezeigt haben, war die Taktik der Massenvergewaltigung aufgrund einer Ähnlichkeitsbeziehung so effizient: Alle Seiten sprachen in der Sprache der biologisierten Essenzen, in der die Frauen – wie in den oben geschilderten Erzählungen – die Trägerinnen der Gruppenidentität waren. Dies war es, was Vergewaltigung und die Drohung mit Vergewaltigung nicht zu einem gegen bestimmte Frauen gerichteten Verbrechen machte, sondern zu einer Gefahr für die Reinheit und Ehre der Gruppe. Dadurch, dass vergewaltigte Frauen und ihre Kinder später von ihrer eigenen Gruppe zurückgewiesen wurden, konnte der strategische Einsatz von Vergewaltigungen das Überleben und die Zukunft dieser Gruppe materiell beeinträchtigen (Stiglmayer 1994).

Die Angst vor dem „Tod der Nation“, die durch den Verweis auf sinkende Geburtenraten gerechtfertigt wird, ist in ganz Europa ein wiederkehrendes Thema nationalistischer Diskurse.

Sie erlangt allgemeine politische Bedeutung, wenn sich die Interessen der Staaten mit der Zunahme einer bestimmten oder dominanten auf dem staatlichen Territorium lebenden nationalen Gruppe decken. Solche Ängste richten sich ausnahmslos gegen andere Kategorien von Menschen, die als Konkurrenten im Kampf um Territorium oder politische und ökonomische Ressourcen wahrgenommen werden. Warnungen vor einem Bevölkerungsrückgang werden von jenen als politische Positionen verwendet, die versuchen, „nationalisierende Staaten“ (*nationalizing states*) – wie Brubaker (1996) sie genannt hat – gegen nationale Minderheiten zu mobilisieren. So machte sich zum Beispiel Slobodan Milošević, um in den späten achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts seine Machtstellung zu konsolidieren, geschickt die serbische Nationalideologie zunutze, indem er wiederholt mit demographischen Ängsten spielte: Die höhere Geburtenrate der Albaner im Kosovo gefährde Serbiens „Kernland“, das von diesen Nichtslawen überrollt werde. Auch weitgehend unbegründete Anschuldigungen über albanische Männer, die serbische Frauen vergewaltigten, wurden benutzt, um ethnonationalistische Gefühle zu verstärken und gegen die Albaner gerichtete Regierungsaktionen zu legitimieren. Sie dienten auch dazu, Gender zu einem Zeichen ethnischer oder nationaler Identität zu machen und Vergewaltigung zu einer Kriegswaffe. Wie der Fall Serbiens und Kroatiens zeigt, sind politische Maßnahmen, die darauf abzielen, die Bevölkerungszahl einer nationalen Gruppe innerhalb eines staatlichen Territoriums zu erhöhen, alles andere als unvereinbar mit Maßnahmen, die gleichzeitig das Anwachsen einer anderen Gruppe – die von jenen, in deren Hand die Kontrolle des Staates liegt, als „gefährlich“ oder schlichtweg als weniger wert beziehungsweise weniger legitim mit dem (nationalisierenden) Staat verbunden betrachtet werden – behindern (Benderly 1997; Bock 1991; Bracewell 1996; Mežnarić 1994; Mostov 1995).

Im Kontext des auf die biologische Fortpflanzung fokussierenden nationalistischen Diskurses gewinnen staatliche Maßnahmen, die die reproduktiven Praktiken regulieren, aus mehreren Gründen an Bedeutung. In der Tat schließt sich der Kreis: Wir sind wieder bei den Interessen staatlicher Behörden an der Kontrolle der Reproduktion angelangt. Doch hier werden diese Interessen nicht als Ausdruck der Beziehung des Staates zu seinen „Bürgern“ gerechtfertigt, sondern wir haben es eher mit einer Regierung zu tun, die ihre Handlungen durch die Behauptung legitimiert, sie dienen der Wahrung des „nationalen Wesenskerns“. Diese Unterscheidung wird um einiges klarer, wenn man die Politik Ceaușescus mit jener Serbiens nach 1989 vergleicht. In Ceaușescus Rumänien war die Abtreibung allen verboten – unabhängig von ihrer Nationalität, Bildung oder anderen Eigenschaften. In Serbien wurden die Gesetze so gestaltet, dass sie das disproportionale Anwachsen einer bestimmten Untergruppe der Bevölkerung – nämlich jener, die als authentische oder „richtige“ Bürger des Staates betrachtet wurden – förderten. Die beiden Arten politischer Maßnahmen entsprechen einander darin, dass sie von den Frauen ein Opfer für das „Kollektiv“ verlangen, das jedoch im einen Fall der sozialistische Staat und im anderen die Nation ist. Sie unterscheiden sich dadurch, dass die nationalistische Politik eine soziale Hierarchie schafft, die vordergründig auf der Weitervererbung biologischer Eigenschaften beruht. Dies galt nicht für den Nationalismus Ceaușescus, der darauf abzielte, alle zusammenlebenden

Nationalitäten in neue sozialistische Bürger der Sozialistischen Republik Rumänien zu verwandeln.

Demographische Panik, die sich unter dem Motto „Die Nation stirbt“ äußert, verschleiert oft die Tatsache, dass sich das Problem des Bevölkerungsrückgangs deshalb stellt, weil Zuwanderung nicht als legitimes Mittel angesehen wird, die Bevölkerungszahl zu erhöhen. Nur bestimmte Einwohner und Einwohnerinnen – nicht Immigranten – gelten als echte Bürger. Diese Angst verbirgt noch ein weiteres Problem: Einer der Gründe für den Bevölkerungsrückgang in Polen, Kroatien, der Slowakei und anderen Staaten liegt darin, dass Angehörige dieser Nationen – vermutlich um eines höheren Lebensstandards willen – lieber auswandern, als zu bleiben und die Nation zu „sein“ (Mežnarić o. J., 1997a, 1997b).

Viele Ebenen und Aspekte der staatlichen Organisation können zur Institutionalisierung des biologisierten nationalen Selbst mobilisiert werden. Alle stehen sie in irgendeiner Form mit der Reproduktion in Zusammenhang: rechtliche Beschränkungen, wer wen heiraten darf; Regelungen, was „normale“ Sexualität oder die angemessene Arbeit von Männern und Frauen ist; Annahmen (häufig aus Steuergesetzen ablesbar) über akzeptable Familienformen sowie darüber, wer für die Kinderpflege und andere Betreuungsleistungen zu sorgen hat; wann, wie häufig und wie einfach Heiraten und Scheidungen stattfinden. Freilich sind damit oft nicht nur Vorstellungen über die Nation, sondern auch über Gesundheit, Anständigkeit, Sexualität und ideale Geschlechterrolle verbunden. Diese Vorstellungen schaffen, wenn sie in Gesetzesform gebracht, verordnet und somit institutionalisiert werden, *körperlich* die Grenzen, durch die das nationale Selbst – und damit in letzter Konsequenz die nationale Gruppe – systematisch erzeugt wird.

Es existiert eine dritte Form, in der Diskussionen über die Fortpflanzung zur Rekonstruktion von Staaten beitragen. Unsere Untersuchungen haben gezeigt, dass die Debatten über die Reproduktion in jedem einzelnen Fall als verschlüsselte Auseinandersetzungen um den Anspruch auf politische Legitimation verstanden werden können. Besser gesagt: Mithilfe des Fortpflanzungsthemas werden die Moral und Erwünschtheit von politischen Institutionen dar- und Behauptungen über die „Tugendhaftigkeit“ von Staatsformen aufgestellt. Diese Verwendung von Debatten über die Reproduktion als allegorische, indirekte Weise des Sprechens über die politische Zukunft ist keinesfalls etwas für die postsozialistische Transformation Spezifisches. Sie ist ein auch in anderen Regionen und anderen historischen Traditionen weit verbreitetes Phänomen. Wir sind der Ansicht, dass die Form der Politisierung und die argumentativen Details der Debatten viel über die jeweilige politische Ordnung, in der sie geführt werden, aussagen. So warfen zum Beispiel die amerikanischen Abtreibungskämpfe – im Unterschied zu jenen Ost- und Westeuropas – die Frage auf, was die Grenzen der „Privatheit“ und der weiblichen Selbstbestimmung sowie ein für die Frau lebenswertes Leben seien (Ginsburg 1989; Luker 1984; Petchesky 1990). In Westeuropa drehten sich die Debatten um die Verantwortung des Staates gegenüber den Frauen (Glendon 1987) sowie um die natürliche Sehnsucht der Frau nach Mutterschaft und in China wiederum – wie auch in vielen postkolonialen Ländern – um die Bedeutung der Moderne (Anagnost 1995).

In Ostmitteleuropa standen die Debatten zuerst mit dem Versuch in Zusammenhang, aus der Bevölkerung und den materiellen Grundlagen des Staatssozialismus demokratische Staaten zu schaffen. Der Gegensatz zwischen der Moral der Demokratie und der Amoral des Kommunismus wurde oft durch Auseinandersetzungen um deren unterschiedlichen Zugang zur Reproduktionspolitik hervorgehoben. Während der Kommunismus, so hieß es, in schändlicher Weise das Töten von Fetussen erlaubt habe oder gleichermaßen schändlich nur um die Steigerung der Arbeitskraft besorgt gewesen sei, könnten und sollten die postkommunistischen Staaten in solchen Angelegenheiten gewissenhafte, moralische Entscheidungen treffen. Beziehungsweise wo der Kommunismus, wie viele beharrlich meinten, sich gegen die Natur gestellt habe, indem er den Frauen ermöglichte, eine Schwangerschaft zu unterbinden, versprachen die postkommunistischen Staatsformen sowie die Regierungen, die diese lenkten, die ewige Gültigkeit einer natürlichen Geschlechterordnung aufrechtzuerhalten. Sie wollten die Fehler der Vergangenheit wieder gutmachen sowie Glaubwürdigkeit und Legitimation erlangen. In manchen Fällen wirkte sich dies sogar auf die Auswahl der Führungspersonen aus: In den Jahren nach 1989 legten antikommunistische Argumente nahe, dass Führungspersonlichkeiten, die aufgrund von gemeinsamer Herkunft und ethnischer Zugehörigkeit mit der Bevölkerung (reproduktiv) verbunden waren, diese authentischer „repräsentieren“ – in diesem ganz speziellen (und undemokratischen) Sinn.

Doch selbst nach der Gründung von erste Erfahrungen sammelnden demokratischen Institutionen besteht weiterhin eine tiefe und potentiell explosive Uneinigkeit darüber, wie Staaten gelenkt werden sollen und wer dem Gemeinwesen tatsächlich angehört. Zahlreiche Politikwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen haben zuletzt aufgezeigt, dass die neuen Demokratien für ihre Stabilität von der grundlegenden Übereinstimmung abhängen, dass die Demokratie „das einzig mögliche Spiel“ ist. Der freie Markt geht mit diesem Spiel Hand in Hand. Doch sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Transformation bedürfen einer Legitimation. Wie also kommen soziale Akteure und Akteurinnen zu dem Schluss, dass eine Form von Politik gleich „gut“ oder besser als die andere sei? Wir meinen, dass Auseinandersetzungen um die menschliche Fortpflanzung über eine gewaltige Kraft verfügen, die Politik zu moralisieren, weil die Reproduktion in der europäischen Tradition, die wir hier untersuchen, als natürliches, uranfängliches, mit den fundamentalen Fragen von Leben und Tod in Zusammenhang stehendes Phänomen bereits verankert ist. Für ihre Bürger und Bürgerinnen eine reproduktive Moral in Gesetze zu fassen ist für eine Regierung eine Möglichkeit, durch die sie sich als „gut“ und als tugendhafter Akteur des gesellschaftlichen Lebens präsentieren kann. Bei der rhetorischen Darstellung der Demokratie nimmt die Reproduktion oft eine gleichermaßen zentrale Rolle ein.

Ein Beispiel für die allegorische Verwendung der Reproduktion stellt die ungarische Debatte der frühen neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts dar. Jene, die die Ansicht vertraten, dass Abtreibungsentscheidungen eine Sache der persönlichen Moral und keine Gesetzesangelegenheit sein sollten, waren Liberale, die damit auch ein Weniger an Staat verlangten. So wurde der Diskurs über die menschliche Fortpflanzung zu einem integralen Bestandteil jenes Prozesses, durch den die Erwünschtheit neuer Staatsformen festgelegt wurde. In Polen

wiederum ist die Einstellung eines Politikers oder einer Politikerin zur Abtreibung nach wie vor ein alltagspolitischer Lackmustest, der seine oder ihre Meinung zu vielen anderen Themen offenbart, die von Polens Verhältnis zur katholischen Kirche bis hin zu Fragen der Sozialfürsorge reichen. Sowohl in Ungarn als auch in Polen versuchten Eliten, indem sie über die Abtreibung diskutierten, die politischen Grundsätze zu entwerfen, nach denen sie in der Alltagspolitik beurteilt werden wollten. Nach welchen Kriterien – Ethnizität, Moral oder Expertise – sollten Führungspersonen ausgewählt werden? Populistische Politiker, konservative Ärzte und Juristen erklärten beharrlich, nur sie erfassten das volle moralische Gewicht der Abtreibungsfrage. Die Liberalen wiederum vertraten die Ansicht, dass die Entscheidung Privatsache des oder der Einzelnen sei. Damit meinten sie – und behaupteten es mitunter auch –, dass nur sie regierungstauglich seien.

Innerhalb dieses allgemeinen Moralisierungprozesses ist jedoch jeder einzelne Fall historisch spezifisch. Im Rumänien nach 1989 zum Beispiel war die sofortige Legalisierung der Abtreibung nicht nur eine Reaktion auf eine im Volk mit überwältigender Mehrheit verbreitete Meinung, sondern auch eine Geste, die der Regierung gegenüber der unmenschlichen und menschenfeindlichen Politik des Ceaușescu-Regimes eine moralische Legitimation gab. In Polen hingegen versuchten die Politiker zur selben Zeit, durch die Beschränkung der Abtreibung die Tugendhaftigkeit der neuen Regierung, ihre Opposition zum Kommunismus und ihre Verbundenheit mit der katholischen Kirche hervorzuheben.

Der Fall des Sterilisationsskandals im vereinigten Deutschland, von dem Dölling und ihre Mitarbeiterinnen (2000) berichten, unterscheidet sich sowohl vom rumänischen als auch vom polnischen Beispiel. Der Rückgang der ostdeutschen Geburtenrate nach 1989 wurde von den Massenmedien bemerkt und entwickelte sich zu einer Geschichte von ostdeutschen Frauen, die sich „weigerten“, Kinder zu bekommen. Diverse öffentliche Stimmen interpretierten die hohen Sterilisationsstatistiken als einen „Gebärstreik“, der darauf zurückgehe, dass die ostdeutschen Frauen unwillig seien, die deutsche Gesamtnation zu unterstützen. Andere wiederum sahen die Sterilisationsstatistik als Hinweis auf eine unterentwickelte Modernisierung und auf ein mangelndes aufgeklärtes Eigeninteresse der ostdeutschen Frauen sowie, paradoxerweise, auf deren – da sie nicht Mütter werden wollten – Selbstbezogenheit. All diese Vergleiche trugen dazu bei, eine globalere Gegenüberstellung zwischen der „Geordnetheit“ und „humanen Modernität“ des Westens und dem, was als chaotischer, unwissender, fauler und unterentwickelter Osten konstruiert wurde, zu schaffen. Als Dölling und ihre Mitarbeiterinnen allerdings die Frauen interviewten, die sich hatten sterilisieren lassen, stellten sie eine Vielzahl an Gründen fest, warum diese sich dem Eingriff unterzogen hatten. Viele Frauen hatten einfach ihre gewünschte Familiengröße erreicht; andere hatten Angst vor Arbeitslosigkeit oder Diskriminierung von Frauen mit Kindern im neuen, vereinigten Deutschland. Kein einziges ihrer Motive deckte sich mit den Moralgeschichten über Ost und West, die die Medien rund um ihre Handlungen konstruiert hatten. Kurz gesagt benutzten diverse öffentliche und politische Figuren in den Massenmedien die die Reproduktion betreffenden Entscheidungen der Frauen, um sowohl der deutschen Einigung als auch der westlichen Vorherrschaft eine moralische Grundlage und Rechtfertigung zu geben.

Ein letztes Beispiel soll die eigentümliche Moralisierung der Reproduktion in nationalistischen Diskursen veranschaulichen. Im vorhin erwähnten serbischen Fall zeigten die – der bereits erläuterten patrilinearen Logik folgenden – Repräsentationen serbischer und albanischer Frauen im Kosovo Wirkung. Die serbischen Frauen, die das Ideal der sozialistischen Moderne und der Gleichheit der Geschlechter repräsentierten, wurden dazu angehalten, im Interesse der Erhaltung der serbischen Nation eine größere Zahl an Kindern zu gebären. Im Unterschied zu den relativ „emanzipierten“ serbischen Frauen wurden die Albanerinnen von den Serben als rückständige Opfer angesehen, die von ihren Familien zu einem Leben pausenlosen Kindergebärens verdammt sind. Die hohe albanische Geburtenrate wurde als amoralisch, weil „primitiv“, beschrieben, und man behauptete, sie sei auf Kosten der Unterdrückung und Erniedrigung der albanischen Frauen erreicht worden (Mežnarić 1994; Mostov 1995). Man hört hier offenkundig Deutschlands Ost-West-Diskurs nachhallen. Auch die oben erwähnten bekannten kolonialistischen Erzählungen, in denen die Zivilisiertheit einer kolonisierten Gruppe danach beurteilt wird, wie diese „ihre“ Frauen behandelt, werden hier wiederholt. Wie auch im deutschen Fall pflanzen sich albanische und serbische Frauen nicht einfach fort; ihr Kindergebären wird als eine moralische Botschaft aufgefasst, die anderer Leute spätere Aktionen rechtfertigt.

Es existiert eine vierte Form, in der Debatten über die Reproduktion Politik machen. Diese öffentlichen Auseinandersetzungen konstituieren Frauen als eine politische Kategorie und stellen sie als politische Akteurinnen besonderer Art dar. In welcher Weise die politischen Rollen der Frauen festgelegt werden, variiert je nach gesellschaftlichem System beträchtlich. Dabei verstricken sich die Debatten über die Reproduktion jedoch immer wieder in einen grundlegenden Widerspruch: Ob Frauen als Produzentinnen oder Reproduzentinnen zu behandeln sind, ist ein immer währendes Dilemma, mit dem in unterschiedlichen historischen Momenten und Systemen unterschiedlich umgegangen wird.

So geht man zum Beispiel innerhalb der meisten nationalistischen Diskurse davon aus, dass Frauen und Männer weitgehend verschiedene Subjektivitäten besitzen. Man meint, Frauen hätten eine besondere Art von patriotischer Pflicht zu erfüllen und stünden in einem anderen Verhältnis zu Zeit und Raum als Männer. Wie wir bereits festgestellt haben, werden Frauen häufig mit geistigen Werten identifiziert und als Hüterinnen der moralisch aufgeladenen Tradition betrachtet. Mutterschaft wird oft als die Hauptform weiblichen politischen Handelns angesehen, als die wichtigste patriotische Pflicht der Frauen. Im Gegensatz dazu war die Erzeugung einer größeren Zahl von Arbeitern durch Mutterschaft seit der früh-sowjetischen Zeit nur eine der Pflichten, die Frauen dem kommunistischen Staat schuldig waren; Lohnarbeit – also „Arbeit“ im eigentlichen Sinn – war immer eine weitere.

Um zum Vergleich ein ganz anderes historisches Beispiel heranzuziehen: In den ostasiatischen Kolonialstaaten waren die Frauen für die Hygiene, Gesundheit und „rassische Reinheit“ der Imperialmacht verantwortlich. Durch die Regulierung der Reproduktion versuchten die Kolonialregime, „rassische“ Grenzen zu schaffen und dadurch die politischen Folgen „rassischer“ Differenz einzudämmen (Stoler 1991). Und als ein letztes Beispiel sollten wir die liberalen Staaten erwähnen, in denen die Frauen oft im Interesse ihrer Familien

und männlichen Verwandten jene Formen von Anständigkeit an den Tag legen mussten, welche die ihnen angehörigen Männer klassenmäßig auszeichnete und ein Modell *männlicher* bürgerlicher Staatsbürgerschaft lieferte (Mosse 1985; Stone 1996). Die Position der Frauen in liberalen Staatsformen offenbart jedoch einen Widerspruch: Die auf die Reproduktion bezogene Gesetzgebung zwingt Liberale, Frauen als Gruppe zu betrachten, obwohl das System selbst den „Individualrechten“ den Vorzug gibt. Der Rechtsbegriff geht davon aus, dass Männer und Frauen in politischer Hinsicht gleich seien. Was die Reproduktion betrifft, ist dies jedoch nicht der Fall: Männer und Frauen sind körperlich, materiell verschieden – was die Inkonsistenz der „Gleichbehandlungs“-Gesetzgebung unterstreicht, die das Kennzeichen des Liberalismus ist (Petchesky 1990).

Schlussfolgerungen

Unsere Untersuchung hat damit begonnen, wie mit der Reproduktion verbundene Themen üblicherweise dazu benutzt werden, eine breite Palette von anderen politischen Fragen zu diskutieren. Diese Themen werden innerhalb eines breiteren politischen Feldes als verschlüsselte Argumente verwendet, die neue Staat-Subjekt-Beziehungen festlegen, Haltungen gegenüber diversen anderen Fragen moralisch werten, neue politische Abläufe autorisieren und einzelne Politiker und Politikerinnen legitimieren. Insofern haben staatliche Maßnahmen in Bezug auf die miteinander in Zusammenhang stehenden Bereiche der Fortpflanzung, Verhütung und normativen Sexualität nie nur mit biologischer Reproduktion zu tun. So ist etwa – um noch einmal auf das polnische Beispiel zurückzugreifen – jegliche Einstellung eines Politikers zur Abtreibung ein Lackmustest für seine Anschauung zu verschiedenen Fragen wie dem Verhältnis von Kirche und Staat, der Gesundheitspolitik und dem Staatshaushalt. Die Politisierung der Abtreibung hat zur Folge, dass zumindest seit 1989 jedes neu gewählte Parlament und jeder Präsidenten- oder Regierungswechsel in Polen eine Änderung der Abtreibungsgesetze mit sich gebracht haben – mit sehr realen Konsequenzen für das tägliche Leben von Männern und Frauen.

Die Instrumentalisierung reproduktiver Argumente hat somit einen wichtigen Rückkopplungseffekt. Sie formt die Reproduktionspolitik und die Reproduktionspraktiken, die von Staaten gefördert und von Männern und Frauen gelebt werden. Unser Zugang trägt zu einem Verständnis jenes Prozesses bei, durch den staatliche Behörden – sogar unabsichtlich – dazu gebracht werden können, Maßnahmen zu setzen und zu fördern, die die Vorrangstellung eines Teils der Männer über die Mehrzahl der Frauen sichern. Damit sind wir wieder bei einem klassischen Thema der Reproduktionspolitik angelangt: bei den Auswirkungen scheinbar entfernter Machtbeziehungen auf die lokal gelebten Reproduktionserfahrungen. Selbstverständlich bestehen zwischen den politischen Auseinandersetzungen, die wir besprochen haben, und der Umsetzung einer Politik in die Praxis unvermeidbare Kompromisse, Abweichungen, Lücken und Widersprüche. Im Allgemeinen nehmen die tatsächlichen Prozesse der Gesetzgebung, Regulierung und zwangsweisen Durchsetzung unterschiedliche

Ausprägungen an, die von der jeweiligen politischen Struktur abhängig sind. Maßnahmen werden selten genau in der Form ergriffen, in der sie beabsichtigt waren. Darüber hinaus bestimmen die Gesetze und Verordnungen, die aus einem politischen Prozess hervorgehen, niemals zur Gänze das Handeln. In jedem Gemeinwesen ignorieren, verhöhnern und reinterpretieren Männer und Frauen die expliziten Staatsaktionen, sie lenken sie um und weichen ihnen aus, wobei sie Alternativen schaffen, die dem Zugriff der gesetzlichen Verordnungen und staatlichen Strukturen entzogen bleiben (Kligman 1998). Nichtsdestoweniger schränken Gesetze die für gewöhnliche Männer und Frauen faktisch möglichen Reproduktionspraktiken ein. Sie definieren die Grenzen des Legalen sowie die offiziellen Erwartungen und Bilder, gegen die die Menschen ankämpfen müssen und denen sie sich gelegentlich vielleicht widersetzen.

Infolgedessen werden die Routineformen der reproduktiven Alltagspraxis, die in den einzelnen Ländern Ostmitteleuropas entstehen, in entscheidender Weise durch die Gestaltung der Themen und die diskursiven Muster geprägt, auf die wir hier unser Augenmerk gelegt haben. Darüber hinaus werden sie von umfassenden ökonomischen Prozessen und dem internationalen Druck beeinflusst, die weit über den Wirkungsbereich der staatlichen Behörden hinausgehen können. In Polen etwa haben einige Ärzte private Abtreibungskliniken gegründet, wo sie mit der Durchführung der Abtreibungen – die anscheinend ihre Moral verletzen würden, wenn sie sie zur üblichen Arbeitszeit in den Spitälern vornähmen – beträchtliche Gewinne erzielen. Manche ostdeutschen Frauen wiederum, die sich einer Sterilisation unterzogen haben, taten dies, um ihre Chancen auf einem neuerdings in hohem Maße kompetitiven Arbeitsmarkt zu verbessern, der Frauen belohnt, die beweisen können, dass sie keine reproduktiven Pflichten haben, welche der Arbeit im Wege stehen könnten. Einige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vertreten unter Verweis auf diese Faktoren die Ansicht, dass die Beschwörung reproduktiver Pflichten als ein Mittel verwendet wird, in einer Zeit steigender Arbeitslosigkeit die Frauen aus dem Arbeitsmarkt zu verdrängen (Corrin 1993; Einhorn 1993).

Die Reproduktionspolitik und -praxis hat auch eine bedeutende internationale Dimension. Staaten, die Abtreibung innerhalb ihrer Grenzen gesetzlich ahnden, hindern Frauen oft nicht daran, zu diesem Zweck ins Ausland zu fahren. Der „Abtreibungstourismus“ ist zu einer verbreiteten Strategie für Frauen geworden, die es sich leisten können, was zu nach Einkommen geschichteten reproduktiven Praktiken führt. Die zunehmende Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln hat einen ähnlichen Effekt, da diese nicht für viele erschwinglich sind. Der Einfluss des Vatikan auf die Abtreibungsdiskussionen im polnischen Parlament ist bereits erwähnt worden, doch der Vatikan ist nur eine der vielen transnationalen Organisationen, die auf ostmitteleuropäische Regierungen Druck ausüben. Der Einfluss von außen zeigt sich allerdings nicht immer in Form von unmittelbarer Druckausübung. Einige Beobachterinnen und Beobachter vertreten die Ansicht, die ungarische Abtreibungsdebatte sei zum Teil eine Art von Mimikry der effizienten Ausnutzung des Themas durch amerikanische und westeuropäische Politiker in den unmittelbar vorangegangenen Jahren gewesen. Die Rhetorik des kroatischen, ungarischen und anderer nationalistischer Diskurse über den „Tod der Nation“

erinnert an und wiederholt Debatten aus der Zwischenkriegszeit. Natürlich beobachten die führenden Köpfe in Ostmitteleuropa sich auch gegenseitig – sowohl im Hinblick auf Fragen der Reproduktion wie auch auf jedes andere Thema. Ebenso werden sie bei der Planung ihrer politischen Handlungen durch westliche Vorbilder beeinflusst.

Ihre Handlungen selbst wirken sich nicht nur auf die heimische, sondern auch auf die internationale Politik aus. Wie die Regierungen auf Sozialhilfe, reproduktive Gesundheit und Familienplanungsstrategien betreffende Ratschläge des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank oder der UNO reagieren, welche Vorstellung man vom Zusammenwirken von Reproduktions- und Minderheitenpolitik hat oder inwieweit man die Ansicht vertritt, die Kriminalisierung der Homosexualität in Rumänien verletze demokratische Rechte, trägt insgesamt dazu bei, wie die Staaten Ostmitteleuropas von den supranationalen Organisationen und in internationalen Foren bewertet und behandelt werden. Dementsprechend werden solche Maßnahmen sorgfältig überlegt (Molyneux 1994). Die Regierungen Ostmitteleuropas reagieren besonders sensibel auf das Bild, das im Ausland von ihnen vorherrscht. Doch beobachtet und abgewogen wird auch in umgekehrter Richtung. In der Europäischen Union ist die Abtreibung zu einem Thema rechtlicher Auseinandersetzungen geworden, allerdings nicht aus moralischen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen. Der Europäische Gerichtshof war mit Fällen konfrontiert, wo die ökonomischen Ziele der EU – freier Arbeits-, Kapital- und Informationsverkehr über die Staatsgrenzen hinweg – durch die Antiabtreibungsgesetze mancher Staaten, die die Weitergabe von Informationen über Abtreibungen einschränken, verletzt zu werden schienen (Peebles 1997; Phelan 1992; Sándor 1999). Diese und andere die Menschen- und fetalen Rechte betreffenden Präzedenzfälle werden von den ostmitteleuropäischen Juristen und Juristinnen aufmerksam verfolgt, die sich bei der Diskussion von Abtreibungsfällen an den Verfassungsgerichtshöfen ihrer Staaten – die sich nach dem Willen zumindest einiger führender Persönlichkeiten den EU-Verordnungen vorzeitig anpassen sollen, um leichter Zutritt zu erhalten – auf sie berufen. Der Kreis schließt sich abermals: Repräsentationen von Reproduktion machen Politik – nicht nur zu Hause, sondern auch auf der internationalen Bühne.

Literatur

- Abramovitz M. 1988: *Regulating the Lives of Women: Social Welfare Policy from Colonial Times to the Present*. Boston.
- Abrams Ph. 1988: Notes on the Difficulty of Studying the State. *Journal of Historical Sociology* 1/1, 58–89.
- Adopting a Child? Don't Want a Foreigner. *Mlada Fronta Dnes*, 23.10.1997.
- Anagnost A. 1995: A Surfeit of Bodies: Population and the Rationality of the State in Post-Mao China.
- Finsburg F., Rapp R. (Hg.): *Conceiving the New World Order: The Global Politics of Reproduction*. Berkeley, 22–41.
- Anderson B. 1996: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*. Frankfurt/M.
- Anthias F., Yuval-Davis N. (Hg.) 1989: *Woman – Nation – State*. New York.
- Băban A. 2000: Women's Sexuality and Reproductive Behavior in Post-Ceaușescu Romania: A Psychological Approach. Gal S., Kligman G. (Hg.): *Reproducing Gender: Politics, Publics, and Everyday Life After Socialism*. Princeton, 225–255.

- Bahovec E. (Hg.) 1991: *Abortus Pravica elo izbire? Pravni, medicinski, sociološki, moralni in politični vidiki*. Ljubljana.
- Benderly J. 1997: Balkans: Rape, Feminism, and Nationalism in the War in Yugoslav Successor States.
- West L. (Hg.): *Feminist Nationalism*. New York, 59–74.
- Berezin M. 1999: Political Belonging: Emotion, Nation and Identity in Fascist Italy. Steinmetz G. (Hg.): *State/Culture: State Formation After the Cultural Turn*. Ithaca, 355–377.
- Berlant L. 1993: The Theory of Infantile Citizenship. *Public Culture* 5, 395–410.
- Bock G. 1991: Antinatalism, Maternity, and Paternity in National Socialist Racism. Bock G., Thane P. (Hg.): *Maternity and Gender Policies: Women and the Rise of the European Welfare States 1880–1950s*. New York, 233–255.
- Bock G., Thane P. (Hg.) 1991: *Maternity and Gender Policies: Women and the Rise of the European Welfare States 1880–1950s*. New York.
- Borneman J. 1992: *Belonging in the Two Berlins: Kin, State, Nation*. New York.
- Böröcz J. 1995: Social Change by Fusion. Department of Sociology, Rutgers University [unveröffentlichtes Manuskript].
- Bracewell W. 1996: Women, Motherhood and Contemporary Serbian Nationalism. *Women's Studies International Forum* 19/1/2, 25–33.
- Brenner J., Laslett B. 1989: Gender and Social Reproduction: Historical Perspectives. *Annual Review of Sociology* 15, 381–404.
- Bridenthal R., Grossmann A., Kaplan M. (Hg.) 1984: *When Biology Becomes Destiny: Women in Weimar and Nazi Germany*. New York.
- Brown W. 1992: Finding the Man in the State. *Feminist Studies* 18/1, 7–34.
- Brubaker R. 1996: *Nationalism Reframed: Nationhood and the National Question in the New Europe*. New York.
- Brubaker R. 1998: Myths and Misconceptions in the Study of Nationalism. Hall J. (Hg.): *Ernest Gellner and the Theory of Nationalism*. New York, 272–306.
- Burawoy M., Verdery K. (Hg.) 1999: *Uncertain Transitions: Ethnographies of Change in the Postsocialist World*. Lanham.
- Burchell G., Gordon C., Miller P. (Hg.) 1991: *The Foucault Effect: Studies in Governmentality*. Chicago.
- Chatterjee P. 1993: *The Nation and Its Fragments: Colonial and Postcolonial Histories*. Princeton.
- Collier J. F., Yanagisako S. 1987: *Gender and Kinship: Essays Toward a Unified Analysis*. Stanford.
- Connell R. W. 1990: The State, Gender, and Sexual Politics: Theory and Appraisal. *Theory and Society* 19/5, 507–544.
- Corrin Ch. (Hg.) 1992: *Superwoman and the Double Burden: Women's Experience of Change in Central and Eastern Europe and the Former Soviet Union*. Toronto.
- Corrin Ch. 1993: *Magyar Women: Hungarian Women's Lives, 1960s–1990s*. New York.
- Csepeli G., Örkény A., Scheppel K. L. 1996: Acquired Immune Deficiency Syndrome in Social Science in Eastern Europe. *Social Research* 63/2, 487–509.
- Daskalova K. 2000: Women's Problems, Women's Discourses in Bulgaria. Gal S., Kligman G. (Hg.): *Reproducing Gender: Politics, Publics, and Everyday Life After Socialism*. Princeton, 337–369.
- David H. 1999: *From Abortion to Contraception: A Research Guide to Public Policies and Reproductive Behavior in Central and Eastern Europe From 1917 to the Present*. Westport.
- DeGrazia V. 1992: *How Fascism Ruled Women: Italy, 1922–1945*. Berkeley.
- DeSoto H. G., Anderson D. G. (Hg.) 1993: *The Curtain Rises: Rethinking Culture, Ideology, and the State in Eastern Europe*. Atlantic Highlands.
- Dölling I., Hahn D., Scholz S. 2000: „Birth Strike“ in the New Federal States: Is Sterilization an Act of Resistance? Gal S., Kligman G. (Hg.): *Reproducing Gender: Politics, Publics, and Everyday Life After Socialism*. Princeton, 118–147.
- Donzelot J. 1979: *The Policing of Families*. New York.
- Einhorn B. 1993: *Cinderella Goes to Market: Citizenship, Gender, and Women's Movements in East Central Europe*. London.
- Feeley-Harnik G. 1985: Issues in Divine Kingship. *Annual Review of Anthropology* 14, 273–313.
- Feischmidt M., Magyari-Vincze E., Zentai V. (Hg.) 1997: *Women and Men in East European Transition*. Cluj-Napoca.
- Fitzpatrick Sh., Gellately R. (Hg.) 1997: *Accusatory Practices: Denunciation in Modern European History, 1789–1989*. Chicago.

- Foucault M. 1991: Governmentality. Burchell G., Gordon C., Miller P. (Hg.): *The Foucault Effect: Studies in Governmentality*. Chicago, 87–104.
- Foucault M. 1999: Vorlesung vom 17. März 1976. Foucault M.: *In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975–76)*. Frankfurt/M., 276–305.
- Funk N., Müller M. (Hg.) 1993: *Gender Politics and Post-Communism: Reflections From Eastern Europe and the Former Soviet Union*. New York.
- Fuszara M. 1991: Legal Regulation of Abortion in Poland. *Signs* 17/1, 117–128.
- Gal S. 1991: Bartók's Funeral: Representations of Europe in Hungarian Political Rhetoric. *American Ethnologist* 18, 440–458.
- Gal S. 1994: Gender in the Post-Socialist Transition: The Abortion Debate in Hungary. *East European Politics and Societies* 8/2, 256–287.
- Gal S., Kligman G. (Hg.) 2000a: *Reproducing Gender: Politics, Publics, and Everyday Life After Socialism*. Princeton.
- Gal S., Kligman G. 2000b: *The Politics of Gender After Socialism. A Comparative-Historical Essay*. Princeton.
- Gallagher C. 1987: The Body Versus the Social Body in the Works of Thomas Malthus and Henry Mayhew. Gallagher C., Laqueur Th. (Hg.): *The Making of the Modern Body*. Berkeley, 83–106.
- Gellately R. 1997: Denunciations in Twentieth-Century Germany: Aspects of Self-Policing in the Third Reich and the German Democratic Republic. Fitzpatrick Sh., Gellately R. (Hg.): *Accusatory Practices: Denunciation in Modern European History, 1789–1989*. Chicago, 185–222.
- Ginsburg F. 1989: *Contested Lives: The Abortion Debate in an American Community*. Berkeley.
- Glendon M. 1987: *Abortion and Divorce in Western Law*. Cambridge.
- Greskovits B. 1998: *The Political Economy of Protest and Patience: East European and Latin American Transformations Compared*. New York.
- Gross J. 1988: *Revolution From Abroad: The Soviet Conquest of Poland's Western Ukraine and Western Belorussia*. Princeton.
- Hacking I. 1990: *The Taming of Chance*. New York.
- Hadas M. 1998: Bartók, a Természettudós. *Replika* 33–34, 21–33.
- Hall C., Lewis J., McClelland K., Rendall J. (Hg.) 1993: *Gender and History* 5/2. Special Issue: *Gender, Nationalisms and National Identities*.
- Hankiss E. 1988: The „Second Society“: Is There an Alternative Social Model Emerging in Contemporary Hungary? *Social Research* 55/1–2, 13–45.
- Heng G., Devan J. 1992: State Fatherhood: The Politics of Nationalism, Sexuality, and Race in Singapore. Parker A., Russo M., Sommers D., Yaeger P. (Hg.): *Nationalisms and Sexualities*. New York, 343–364.
- Herzfeld M. 1987: *Anthropology Through the Looking-Glass: Critical Ethnography in the Margins of Europe*. New York.
- Hirschman A. O. 1977: *The Passions and the Interests: Political Arguments for Capitalism Before Its Triumph*. Princeton.
- Hodos G. H. 1987: *Show Trials: Stalinist Purges in Eastern Europe, 1948–1954*. New York.
- Hunt L. (Hg.) 1991: *Eroticism and the Body Politic*. Baltimore.
- Huseby-Darvas E. 1996: „Feminism, the Murderer of Mothers“: The Rise and Fall of Neo-Nationalist Reconstruction of Gender in Hungary. Williams B. (Hg.): *Women Out of Place: The Gender of Agency and the Race of Nationality*. New York, 161–185.
- Jaquette J. S., Wolchik Sh. L. (Hg.) 1998: *Women and Democracy: Latin America and Central and Eastern Europe*. Baltimore.
- Jordanova L. 1995: Interrogating the Concept of Reproduction in the 18th Century. Ginsburg F., Rapp R. (Hg.): *Conceiving the New World Order: The Global Politics of Reproduction*. Berkeley, 369–386.
- Kantorowicz E. H. 1957: *The King's Two Bodies: A Study in Medieval Political Theology*. Princeton.
- Kertzer D., Hogan D. P. 1989: *Family, Political Economy, and Demographic Change: The Transformation of Life in Casalecchia, Italy, 1861–1921*. Madison.
- Kligman G. 1992: The Politics of Reproduction in Ceaușescu's Romania. *East European Politics and Societies* 6/3, 364–418.
- Kligman G. 1998: *The Politics of Duplicity: Controlling Reproduction in Ceaușescu's Romania*. Berkeley.
- Kornai J. 1980: *Economics of Shortage*. Amsterdam.

- Leonardo M. 1991: Introduction. Leonardo M. (Hg.): *Gender at the Crossroads of Knowledge: Feminist Anthropology in the Postmodern Era*. Berkeley, 1–50.
- Lindenfeld D. F. 1997: *The Practical Imagination: The German Sciences of State in the 19th Century*. Chicago.
- Linke U. 1990: Folklore, Anthropology and the Government of Social Life. *Comparative Studies in Society and History* 32/1, 117–148.
- Linz J. J., Stepan A. 1996: *Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*. Baltimore.
- Luker K. 1984: *Abortion and the Politics of Motherhood*. Berkeley.
- MacCormack C. P., Strathern M. 1980: *Nature, Culture, and Gender*. Cambridge.
- Maleck-Lewy E. 1995: Between Self-Determination and State Supervision: Women and the Abortion Law in Post-Unification Germany. *Social Politics* 2/1, 62–76.
- Maleck-Lewy E., Ferree M. M. 2000: Talking About Women and Wombs: The Discourse of Abortion and Reproductive Rights in the GDR During and After the „Wende“. Gal S., Kligman G. (Hg.): *Reproducing Gender: Politics, Publics, and Everyday Life After Socialism*. Princeton, 92–117.
- Mežnarić S. [o. J.]: The Discourse of Endangered Nation: Demography, Gender, and Reproductive Policies in Croatia [unveröffentlichtes Manuskript].
- Mežnarić S. 1994: Gender as an Ethnomarker: Rape, War and Identity Politics in the Former Yugoslavia.
- Moghadam V. M. (Hg.): *Identity Politics and Women: Cultural Reassertions and Feminisms in International Perspective*. Boulder, 76–97.
- Mežnarić S. 1997a: Populacionizam i demokracija: Hrvatska nakon osamostaljenja. *Erasmus* 19, 58–63.
- Mežnarić S. 1997b: Populacija, nacija, broj: demografija i politika etnosa u modernoj Europi. *Revija za sociologiju* 28/1–2, 19–33.
- Michel S., Koven S. 1990: Womanly Duties: Maternalist Politics and the Origins of the Welfare State in France, Germany, Great Britain and the United States, 1880–1920. *American Historical Review* 95/4, 1076–1108.
- Moghadam V. M. (Hg.) 1993: *Democratic Reform and the Position of Women in Transitional Economies*. Oxford.
- Molyneux M. 1994: Women's Rights and the International Context: Some Reflections on Post-Communist States. *Millennium: Journal of International Studies* 23/2, 287–313.
- Mosse G. L. 1985: *Nationalism and Sexuality: Middle-Class Morality and Sexual Norms in Modern Europe*. Madison.
- Mostov J. 1995: „Our Women“/„Their Women“: Symbolic Boundaries, Territorial Markers, and Violence in the Balkans. *Peace and Change* 20/4, 515–529.
- Nelles U. 1991–1992: Abortion, the Special Case: A Constitutional Perspective. *German Politics and Society* 24–25, 111–121.
- Nelson J. (Hg.) 1994: *Intricate Links: Democratization and Market Reforms in Latin America and Eastern Europe*. New Brunswick.
- Nimsch M. 1991–1992: Abortion as Politics. *German Politics and Society* 24–25, 128–134.
- Offen K. 1984: Depopulation, Nationalism and Feminism in Fin-de-Siècle France. *American Historical Review* 89/3, 648–676.
- Peebles G. 1997: „A Very Eden of the Innate Rights of Man“? A Marxist Look at the European Union Treaties and Case Law. *Law and Social Inquiry* 22/3, 581–618.
- Petchesky R. 1990: *Abortion and Woman's Choice: The State, Sexuality, and Reproductive Freedom*. 2nd ed. Boston.
- Petrova D. 1993: The Winding Road to Emancipation in Bulgaria. Funk N., Müller M. (Hg.): *Gender Politics and Post-Communism: Reflections From Eastern Europe and the Former Soviet Union*. New York, 22–29.
- Phelan D. R. 1992: Right to Life of the Unborn v. Promotion of Trade in Services: The European Court of Justice and the Normative Shaping of the European Union. *Modern Law Review* 55/5, 670–689.
- Pickles J., Smith A. (Hg.) 1998: *Theorising Transition: The Political Economy of Post-Communist Transformations*. London.
- Posadskaya A. (Hg.) 1994: *Women in Russia: A New Era of Russian Feminism*. London.
- Povinelli E. 1997: Sex Acts and Sovereignty: Race and Sexuality in the Construction of the Australian Nation. *Diacritics* 24/2–3, 122–150.
- Przeworski A. 1991: *Democracy and the Market: Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*. New York.

- Rai Sh., Pilkington H., Phizacklea A. (Hg.) 1992: *Women in the Face of Change: The Soviet Union, Eastern Europe, and China*. New York.
- Rener T., Ule M. 1998: Back to the Future: Nationalism and Gender in Post-Socialist Societies. Wilford R., Miller R. L. (Hg.): *Women, Ethnicity and Nationalism: The Politics of Divided Societies*. New York, 120–131.
- Renne T. 1997: *Ana's Land: Sisterhood in Eastern Europe*. Boulder.
- Rév I. 1987: The Advantages of Being Atomized. *Dissent* 34/3, 335–350.
- Róna-Tas Á. 1998: Path-Dependence and Capital Theory: Sociology of the Post-Communist Economic Transformation. *East European Politics and Societies* 12/1, 107–131.
- Rosaldo M. 1974: Woman, Culture, and Society: A Theoretical Overview. Rosaldo M., Lamphere L. (Hg.): *Woman, Culture and Society*. Stanford, 17–42.
- Rueschemeyer M. (Hg.) 1994: *Women in the Politics of Postcommunist Eastern Europe*. Armonk.
- Sándor J. 1999: Abortion Laws in „Crisis“: Commentary on the Recent Decision of the Hungarian Constitutional Court [unveröffentlichtes Manuskript].
- Schneider J. C., Schneider P. T. 1996: *Festival of the Poor: Fertility Decline and the Ideology of Class in Sicily, 1860–1980*. Tucson.
- Scott J. W. 1988: *Gender and the Politics of History*. New York.
- Skinner G. W. 1997: Family Systems and Demographic Processes. Kertzer D. J., Fricke T. (Hg.): *Anthropological Demography: Toward a New Synthesis*. Chicago, 53–95.
- Spackman B. 1996: *Fascist Virilities: Rhetoric, Ideology, and Social Fantasy in Italy*. Minneapolis.
- Stark D., Bruszt L. 1998: *Postsocialist Pathways: Transforming Politics and Property in East Central Europe*. New York.
- Stiglmayer A. (Hg.) 1994: *Mass Rape: The War Against Women in Bosnia-Herzegovina*. Lincoln.
- Stoler A. 1991: Carnal Knowledge and Imperial Power: Gender, Race and Morality in Colonial Asia.
- Leonardo M. (Hg.): *Gender at the Crossroads of Knowledge: Feminist Anthropology in the Postmodern Era*. Berkeley, 51–101.
- Stone J. F. 1996: Republican Ideology, Gender and Class: France, 1860s–1914. Frader L. L., Rose S. O. (Hg.): *Gender and Class in Modern Europe*. Ithaca, 238–259.
- Szelenyi I., Kostello E. 1996: The Market Transition Debate: Toward a Synthesis? *American Journal of Sociology* 101/4, 1082–1096.
- Todorova M. 1997: *Imagining the Balkans*. New York (dt.: *Die Erfindung des Balkans. Europas bequemes Vorurteil*. Darmstadt 1999).
- Toranska T. 1987: „Them“: *Stalin's Polish Puppets*. New York.
- Verdery K. 1996: *What Was Socialism, and What Comes Next?* Princeton.
- Vörös M. 1997: Életmód, Ideológia, Háztartás. *Replika* 26 (June), 31–46.
- Watkins S. C. 1991: *From Provinces Into Nations: Demographic Integration in Western Europe, 1870–1960*. Princeton.
- Whitehead A., Connolly C., Carter E., Crowley H. (Hg.) 1993: *Feminist Review* 44. Special Issue: *Nationalisms and National Identities*, 1–111.
- Wolff L. 1994: *Inventing Eastern Europe: The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment*. Stanford.
- Zielińska E. 2000: Between Ideology, Politics and Common Sense: The Discourse of Reproductive Rights in Poland. Gal S., Kligman G. (Hg.): *Reproducing Gender: Politics, Publics, and Everyday Life After Socialism*. Princeton, 23–57.

Aus dem Englischen übersetzt von Dagmar Gramshammer-Hohl